

Arbeiter-Zeitung

**Warum bist du noch
nicht als
roter Wahlhelfer tätig?**

Erste Ausgabe...
Preis: 1,50 RM + 50 Pf.
Zurück die Post bezogen
Anzeigenpreis: Die
zwei ersten Nummern 12 Pf., Berlin- u. Be-
sondere: Die dreizehnte Nummer
im Wert 70 Pf. — Abnahmegebühr in der
Hauptredaktion um 8 Uhr: in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fern-
sprecher 460 39. Postfachkonto: Breslau
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Bord-
haus). Fernsprecher 439 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis
Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Ver-
lag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer
Straße 50, Fernsprecher 460 39.

Freigewerkschaftliche Mitgliederversammlungen in Freiburg beschließen:

Jeder freigewerkschaftliche Kollege wählt Liste 4, Kommunisten

Die Ortsgruppen des DVV. und des DMV. Freiburg demonstrieren unter den Kampflosungen und Fahnen der KPD. und der KGD. Oppositioneller Kollege zum Verbandstag des DMV. gewählt — Kollegen, macht auch überall diese Beschlüsse zu eigen!

Freiburg, 21. April. In der am Montag, dem 18. April, statt-
gefundenen Mitgliederversammlung des Fabrikarbeiterverbandes,
Ortsgruppe Freiburg, wurde zu der politischen und wirtschaftlichen
Lage und zu dem revolutionären Ausweg aus der Krise sowie zu den
geplanten Präsidentschaftswahlen und zu den vor uns stehenden
Preußenwahlen Stellung genommen. Zu diesem Punkt der Tages-
ordnung sprach der Kollege Schuber. Er bewies an Hand von
Beispielen die Rolle der SPD. und der reformistischen Gewerkschafts-
führer, die sie als Handlanger der Unternehmer und des kapitalisti-
schen Staatsapparates spielen. Die SPD. und die Gewerkschaften
unterstützen die Notverordnungspolitik der Reichs- und Preußen-
regierung, und deshalb muß die Arbeiterklasse am kommenden Sonn-
tag bei der Präsidentschaftswahl für die Liste der kommunistischen Partei
eintreten, weil die Stimmenabgabe für diese ein Mares revolutionäres
Bekenntnis für den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, für
Arbeit, Brot und Freiheit ist.

Zur Frage des 1. Mai wurde beschlossen, unter den Losungen
und Fahnen der KPD. zu demonstrieren. Die Versammlung hat
zum ersten Punkt der Tagesordnung folgende Entschließung einstim-
mig angenommen:

„Die am 18. April stattgefundene Mitgliederversammlung des
Fabrikarbeiterverbandes, Ortsgruppe Freiburg, beschäftigte sich ein-
gehend mit der politischen und wirtschaftlichen Lage sowie mit den
geplanten Präsidentschaftswahlen und den vor uns stehenden Preußen-
wahlen. Die Versammlung verurteilt die zustimmende Stellung-
nahme der SPD. zu den Hungermaßnahmen der herrschenden Klasse
gegen die Arbeiterklasse. Wegen den Lohn- und Unterstützungsabbau
kämpft nur die kommunistische Partei. Darum muß die Arbeiter-
klasse am 24. April für die KPD., Liste 4, stimmen. Die KPD. führt

den Kampf gegen die Profitwirtschaft, für die sozialistische Bedarfs-
wirtschaft, deshalb wählen wir Kommunisten.“
Freiburg, 21. April. Die Mitgliederversammlung des
Metallarbeiterverbandes, Ortsgruppe Freiburg, hat sich ebenfalls für
die Liste 4 der kommunistischen Partei ausgesprochen. Es wurde zum
Verbandstag des DMV. ein oppositioneller Delegierter gewählt. Die
Versammlung beschloß ebenfalls, am 1. Mai unter den Kampflosungen
der KPD. und der KGD. zu demonstrieren.

Die Beschlüsse der freigewerkschaftlichen Kollegen des Deutschen
Metallarbeiterverbandes und des Fabrikarbeiterverbandes müssen
wegweisend sein für alle Kollegen, die in den DMV.-Gewerkschaften
organisiert sind. In allen Ortsgruppen und Zastellen müssen die
Kollegen zum 1. Mai als Kampftag gegen Hunger, Krieg und So-
zialismus, gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, für die Verteidigung
der Sowjetunion und Sowjetchinas Kampfbeschlüsse fassen. Die Ar-
beiterklasse beteiligt sich nicht an den sozialdemokratischen Maifeiern,
sondern an den Massenaufmärschen der KPD. und der KGD.

Geänderte Wahlzeit

Im Gegensatz zu den beiden Präsidentschaftswahlen wird am
kommenden Sonntag zum Preussischen Landtag von
8 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags

gewählt. Wer also nach 5 Uhr kommt, in der Meinung, er könne wie
bei den Präsidentschaftswahlen, noch bis 6 Uhr sein Wahlrecht ausüben,
geht seiner Stimme verlustig.

Neue Pflichtarbeiterstreits

Thomasdorf, Kreis Vollenhain, 21. April. Die Pflichtarbeiter
der Gemeinde Thomasdorf befinden sich seit acht Tagen im Streik.
Die Streikenden fordern die Abschaffung der Pflichtarbeit und Be-
zahlung jeder Arbeit nach tariflichem Lohn. Die Kampfstimmung der
Streikenden ist trotz des achtstägigen Kampfes ausgezeichnet, und sie
kämpfen bereit, den Kampf bis zur Erfüllung ihrer Forderung durchzu-
setzen.

Die dortigen Kollegen haben begriffen, daß man nur mit der
Waffe des Streikkampfes gegen die Anschläge der herrschenden Klasse
ankämpfen kann. Der Kreis-Gewerkschaftsausschuss wendet sich an die
Pflichtarbeiter der anderen Gemeinden und fordert von ihnen die
Unterstützung des Kampfes der Thomasdorfer Kollegen. Nur durch
die Verbreiterung der Kampffront wird es gelingen, die berechtigten
Forderungen durchzusetzen.

Miechowitz, 21. April. Die Kommunen versuchen in immer
größerem Ausmaße die Pflichtarbeit einzuführen. Man verlangt die
schwersten Arbeiten für Ableistung der Wohlfahrtsunterstützung.
Jeder Arbeitsleistung nach Arbeitsstätte werden zur Verfügung ge-
stellt, ganz abgesehen von der Bezahlung.

Die Gemeinde Miechowitz forderte gleichfalls Durchführung von
Pflichtarbeit von den Wohlfahrtsunterstützungsempfängern in Form
von Begehauten und Waldarbeiten.

Die Unterstützungsempfänger stellen in bezug auf Bezahlung, Be-
leidung usw. Forderungen, die von der Gemeinde abgelehnt werden.
Daraufhin traten am Donnerstag, dem 21. April, von 60 Pflicht-
arbeitern 51 in den Streik und erklärten, die Arbeit nicht früher auf-
zunehmen, bis ihre Forderungen erfüllt werden.

Neue SPD-Wahllüge!

Der „Vorwärts“ und die gesamte SPD.-Presse veröffentlicht
„sensationsvolle Enthüllungen“ über eine finanzielle Unterstützung des
angeblich kommunistischen Organs „Volkst Tagblatt“ durch
den antibolschewistischen Großbankrotteur War Kreuger, der be-
kanntlich nach zahlreichen Gaunerieen Selbstmord verübt hat. Das
genannte Organ soll das Zentralorgan der kommunistischen Partei
Schwedens sein.

Das ist eine bewusste Wahllüge der sozialfaschistischen

Presse. Die Lügner wissen, daß das Blatt „Volkst Tagblatt“
nicht der kommunistischen Partei Schwedens, sondern der Re-
negatengruppe Kilbom gehört, die in Deutschland etwa der
Schewitsch-Partei und der Brandenburger Renegatenclique ent-
spricht. Im Herbst 1930, als Kilbom für sein Blatt die finanziellen
Zuwendungen Kreugers erhalten haben soll, war er mit seiner Gruppe
bereits längst aus der kommunistischen Internationale hinaus-
geworfen. Kreuger hat ihn gerade deshalb unterstützt, weil Kilbom
nach der Art aller Renegaten einen wütenden Hassfeldzug
gegen die Sowjetunion organisierte und ein enges Bed-
verhältnis mit der schwedischen Sozialdemokratie einging.

Die sozialfaschistischen Lügen dürfen keinen Arbeiter verwirren.
Nur noch mit bewußten Schwindelstücken kann die SPD. ver-
suchen, Stimmen für ihre kapitalistische und faschistische Politik zu
fangen.

Achtung Beamte! Die KPD. und die Beamtenforderungen

(Siehe im Innern des Blattes)

Nazi-„Arbeiterführer“ stellen sich vor!

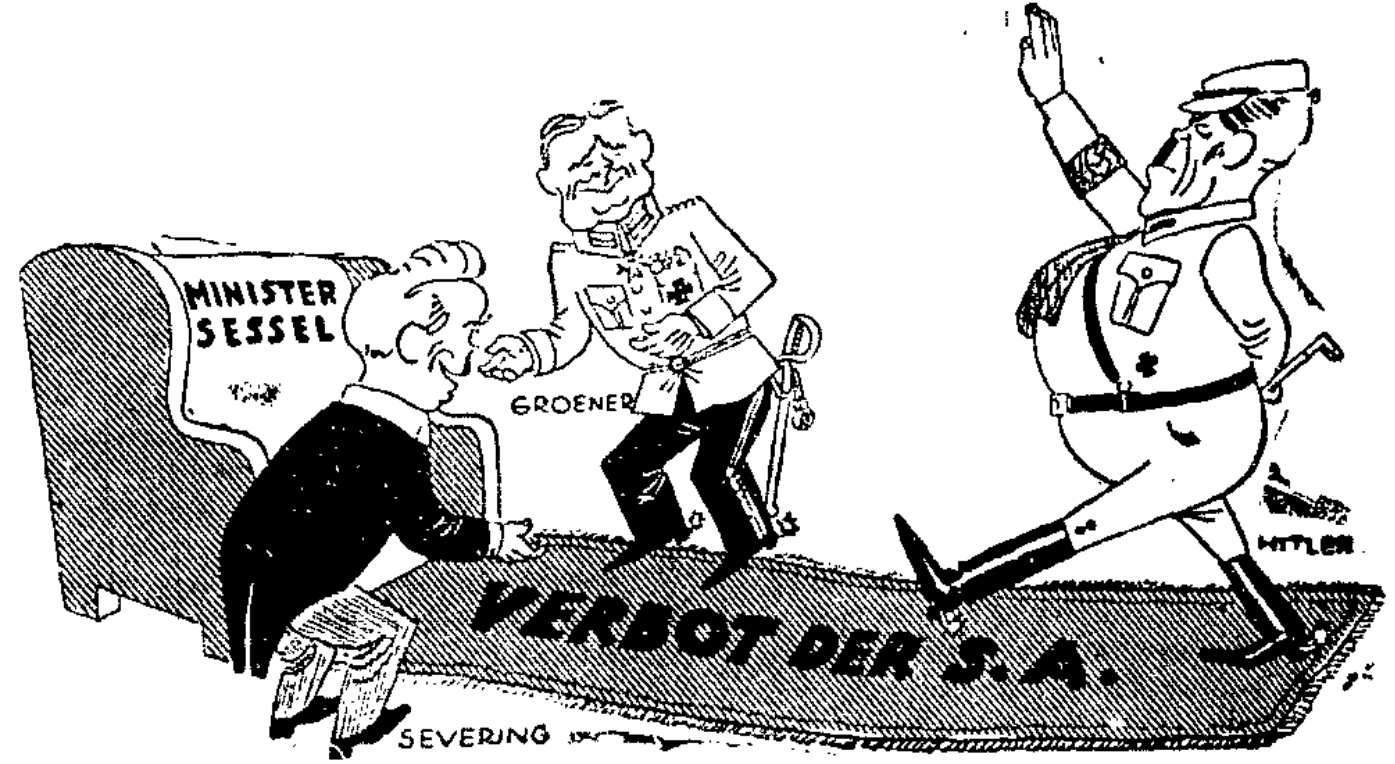
- ### Die „sittlichen Erneuerer“ Deutschlands
- Konrad Göbelhard, SA-Führer in Jeslar, Sittlichkeitsverbrechen an
einer Minderjährigen, 1 Jahr Gefängnis.
 - Hermann Heib, Nazi-Jugendführer in Hofgeismar, angeklagt wegen
geschlechtlichen Mißbrauchs von über 100 Jugendlichen und
Kindern.
 - Fabrikant Klemens Seiberger, Nazi-Jugendführer in Halle, Sitt-
lichkeitsverbrechen an ihm anvertrauten Jugendlichen, anderthalb
Jahr Gefängnis.
 - Emil Holz, Nazi-Gauleiter von Brandenburg und MdR., wegen Sitt-
lichkeitsverbrechen 6 Monate Gefängnis.
 - Fabrikant Adolf Meemann, Nazi-Führer in Erfurt, verhaftet wegen
schweren Sittlichkeitsverbrechen an einer Minderjährigen.
 - Max Laß, Stahlhelmführer in Rothemühl, 4 Jahre Zuchthaus und
5 Jahre Ehrverlust wegen Sittlichkeitsverbrechen und Blut-
schande, begangen an seinen zehn-, elf- und fünfzehnjährigen
Töchtern.
 - Kurt Lehmann, SA-Führer in Riesa, wegen Sittlichkeitsverbrechen
7 Monate Gefängnis.
 - Ludwig Haufhoff, Nazi-Jugendführer in München, Sittlichkeits-
verbrechen an den ihm anvertrauten Jugendlichen, 6 Monate
Gefängnis.

Vorbildliche Agitation in Breslau-West

Die Partei hat es hier in den letzten Tagen verstanden, vorbild-
liche Agitation zur Präsidentschaftswahl zu leisten. In den Straßen wehen
die roten Banner und durch Transparente werden die werktätigen
Schichten zur Wahl der Liste 4, Kommunisten, aufgefor-... Die
wenigen Hülfersehen verschwinden bei den vielen roten Fahnen.

Seit einigen Tagen weht auf einem hohen Fabrikshornstein in
der Friedrich-Karlstraße eine rote Fahne. Seit heute morgen ruft
eine an der Außenwand des Schornsteins angebrachte Parole der
KPD.: Wählt Liste 4, KPD.!

Genossen, macht's überall nach!



Milchfütter der Genossenschaftsmolkerei in passiver Resistenz

Erzwingen die Entfernung einer Hitlerfahne

München, 21. April. Mit dem Behaupten der Genossenschaftsmolkerei haben sich mehrere Arbeitervereine in der Gegend von München angeschlossen. Die Arbeiter haben sich mit dem Milchfütter vereinbart, die Milchfütter nicht nur der Milchfütter, sondern auch der Milchfütter. Die Arbeiter haben sich mit dem Milchfütter vereinbart, die Milchfütter nicht nur der Milchfütter, sondern auch der Milchfütter. Die Arbeiter haben sich mit dem Milchfütter vereinbart, die Milchfütter nicht nur der Milchfütter, sondern auch der Milchfütter.

Nazis von den Hohenzollern gekauft

Unter den Geldgebern der Nazis befinden sich neben Thälmann und den anderen Industriellen und Finanzbaronen besonders zahlreich Mitglieder der Hohenzollernfamilie und andere Angehörige ehemals kaiserlicher Häuser, wie der Herzog von Coburg, der Großherzog von Oldenburg, der Großherzog von Mecklenburg und der Schwiegersohn Wilhelms, der Herzog von Braunschweig, aus dem Reich des Nazi-Klauses.

Der Kaiser Wilhelm hat von Doorn aus über 250000 Mark an Hitler zur Unterstützung der nationalsozialistischen Agitation übergeben. Hitler in der Zeit vom ersten zum zweiten Präsidentschaftswahlkampf — wie die gut informierte „Weltbühne“ dokumentarisch nachweist — Prinz Luwig weitere 220000 Mark dem Kaiser in München zugesandt.

Warum sind die Hohenzollern so außerordentlich an der nationalsozialistischen Bewegung interessiert? Warum erklärte der Kronprinz Wilhelm demonstrativ: „Ich werde Adolf Hitler wählen“? Warum ist August Wilhelm, genannt August, als ausländischer Kandidat für den Preussischen Landtag aufgestellt?

Die Antwort auf diese Frage ist klar. Die Millionen und aber Millionen, die von Braun-Seydewitz, Preußen aus dem Steuergeldern des werktätigen Volkes dem fürstlichen Schatzamt zugeführt werden, genügen den herrlichen Profitgärgern aus dem Geschlechte derer von Hohenzollern nicht. Sie wollen mit Hilfe der Nazis weitere Millionen aus dem Markt des werktätigen deutschen Volkes pressen. Die Hohenzollern wollen mit Hilfe der Nazis den verlorenen, blutbesudelten Kaiserthron wiedergewinnen.

Schlagt den Hitler-Faschismus. der Hohenzollern.

Die kommunistische Partei und der kommunistische Jugendbund muß das Jungproletariat gegen die Arbeitsdienstpflicht und die Erwerbslosen zum Kampf für ihre Forderungen mobilisieren. Die Bourgeoisie will das kapitalistische Deutschland in ein Haus mit militärischem Drill für die Proletariatsjugend umwandeln. Die Erwerbslosen verwandeln. Die faschistische Diktatur wird diese Werke durchgeführt.

Jetzt müssen die Kommunisten den sozialdemokratischen Arbeitern und den Proletariern im Reichsbanner die Bedeutung und den Inhalt der Zusammenarbeit zwischen Brüningregierung, SPD und Reichsbanner klar machen und alles tun, um diese Arbeiter, die ernsthaft den Kampf gegen den Faschismus wollen, einzuschließen in die proletarische Einheitsfront des Kampfes gegen die Offensive der Bourgeoisie und ihre faschistischen Pläne.

Je größer das Heer der Arbeiter und der Werkstätigen ist, die am 24. April ihre Stimme für die kommunistische Partei abgeben, um so mehr wächst zugleich der Widerstand und die Kraft der Arbeiterklasse zum Kampfe gegen diese Pläne der Bourgeoisie.

Proletarische Felsen- und Ungeflachte für Liste 4

In der Nacht vom 18. zum 19. Januar 1932 haben 200 Nazis nach einem Anmarsch von über sechs Kilometern und nach infamem rücker Umzingelung die schlafenden Arbeiter der Kolonie Felsen, Berlin-Kleinmachnow, überfallen. Genosse Klempke wurde ermordet.

Am 20. April hat der Prozeß vor dem Berliner Schwurgericht begonnen. 24 der überfallenen Kolonisten sind angeklagt und nur sechs Nazis. Eine Anzahl der angeklagten Felsenarbeiter richtet folgenden Appell an die Arbeiterklasse:

„Nazibanditen haben einen lange vorbereiteten militärisch organisierten Überfall auf unsere Laubenkolonie unternommen. Unser Genosse Klempke wurde getötet, zahlreiche Kameraden wurden verletzt. Die bürgerliche Presse hegte gegen uns und beschimpfte uns. Die Klassenjustiz stellte uns vor Gericht. Nur die kommunistische Partei und ihre Presse deckte die Nazifaschisten auf, nur sie führt den Kampf gegen den Faschismus. Wer die faschistische Mordpest bekämpfen will, der muß am 24. April für die Liste 4 der kommunistischen Partei stimmen.“

Kampf in der roten Einheitsfront mit der Roten Hilfe für die Befreiung der 8000 proletarischen politischen Gefangenen. Jede Stimme für die kommunistische Partei ist eine Stimme für die Vollkommenheit der 8000 proletarisch-politischen Gefangenen!

Karl Albert, Kurt Helmann, Alfred Andree, Johann Becker, Hans Gahlen, Paul Klempke, Hans Schön, Oskar Richter, Otto Kauer, Walter Herling, Heinrich Hosmann, Hermann Steinhoff, Johannes Hinrich, Alwin Adam, Rudolf Dühring.“

Severings „neues Freiheitspreußen“ eine Hölle für die werktätige Jugend

Unter dem Titel: „Wir kämpfen für ein rotes Preußen im freien sozialistischen Räte-Deutschland“

ist soeben zur Freigeheime eine Jugendbroschüre erschienen. Unter sozialdemokratischer Regierung gibt es in Preußen Kinderarbeit für tausende Arbeiterkinder, für Arbeiterkinder werden die Schulgebäude eingestrichelt — aber für die Polizei werden jährlich 400 000 000 Mark ausgegeben.

Unter sozialdemokratischer Regierung wurden im Jahre 1931 7000 Volksschullehrer abgebaut und für die Berufsschüler die freien Lehrmittel gestrichelt — aber Millionen erhielten die Großkapitalisten und die Finanzjunker an Subventionen aus dem Staatskassett.

Unter Severings Leitung wurde die Rote Jungfront und die Antifaschistische Junge Garde verboten.

Gegen dieses „Freiheitspreußen“, gegen diese Hölle für die proletarische Jugend, richtet der KPD seinen Kampf und die Broschüre muß ein Mittel zur Aufklärung und der Eingliederung der Massen der Jungarbeiter in diese Kampffront sein.

Genossen, werbt

unter den Kriegs- und Arbeitsopfern für den Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit e.V. Adressen und Anmeldungen sind zu senden an die Parteileitung, Breslau 2, Freiheitsgasse 2.

Was wollen die Kommunisten?

fragen die Arbeiter und Angestellten, die Mittelständler und werktätigen Bauern.

Wir sagen ihnen: die Unterdrückten aus Not und Elend befreien

Aber wie? — Das erläutert ausführlich die Schrift: Was will die kommunistische Partei?

In ihrer einfachen, klaren Sprache überzeugt sie jeden Werktätigen von der Notwendigkeit des revolutionären Kampfes in der roten Einheitsfront gegen Hunger, imperialistischen Krieg und Faschismus. Der Preis von nur 10 Pfennig beim Umlauf von 24 Seiten wird jedem Werktätigen ihre Anschaffung ermöglichen. ZK der KPD, Verlagsabteilung.

„Oberland“-Führer Römer tritt zur KPD über

München, 21. April. (Fig. Drahtbericht.) In Münchens größtem Saal, dem überfüllten Zirkusstrone, letzten gestern die Arbeiter der Hitlermetropole ein übermächtiges Referat zur kommunistischen Partei ein. 50 Proletarier traten in die kommunistische Partei ein, 75 schlossen sich der Roten Hilfe an.

Unter jähem Beifall teilte der Referent, Abgeordneter Genosse Hans Kippenberger mit, daß der ehemalige Führer des „Oberland“, Hauptmann W. Römer, seinen Eintritt in die kommunistische Partei Deutschlands erklärt hat.

Während Römer war der Führer des „Oberland“, das während des Polenkrieges in Oberbayern für die deutsche Bourgeoisie kämpfte und die deutschen Arbeiter nicht nur in der Schlacht als die polnischen. Es dauerte nicht lange, bis Römer erkannte, daß der Kampf von „Oberland“ in der letzten Zeit nur ein nationaler Versuch war, um die nationale und soziale Interessen der polnischen und deutschen Arbeiterbevölkerung durch die Verdrängung von Wladimir und Wohlstandern.

„Ich bin heute, vor nicht viel mehr als zehn Jahren, verbunden mit der revolutionären Bewegung. Ich habe die Aufgabe übernommen, die deutsche Arbeiterklasse zu führen und die deutsche Bourgeoisie zu bekämpfen.“

„Ich bin heute, vor nicht viel mehr als zehn Jahren, verbunden mit der revolutionären Bewegung. Ich habe die Aufgabe übernommen, die deutsche Arbeiterklasse zu führen und die deutsche Bourgeoisie zu bekämpfen.“

Groeners faschistische Nationalportarmee

Der „Vorwärts“ versucht, durch Schlagzeilen, „Reichsbanner bleibt“, „Eiserne Front marschieren!“, das Aufsehen und die Erregung zu dämpfen, die unter den sozialdemokratischen Arbeitern über die Selbstauflösung der Reichsbanner-Schufa nach dem Verbot der SA. Maß getroffen hat. „Eine Parvenue“, so behauptet der „Vorwärts“, sei von der Brüning-Groener-Regierung, um keiner Welle beabsichtigt. Der „Vorwärts“ irrt sich jedoch selbst tägen durch den Abbruch der Erklärung Groeners, die von einem offiziellen Nachrichtenbüro am Sonnabend verbreitet worden ist. Groener legt in dieser Erklärung seinen „Standpunkt“ zum SA-Verbot dar und sagt u. a., daß er von den Maßnahmen der Reichsbannerführer über die Selbstauflösung der Schufa Kenntnis genommen habe, aber „von der Ansicht der Führung des Reichsbanners erwartete, daß, abgesehen von bisherigen Veränderungen, alle diese Maßnahmen (die einen antifaschistischen Kampf voraussetzen sollen. Red.) in kürzester Frist rückgängig gemacht werden“ d. h., daß das Reichsbanner vollständig umgestaltet werden muß.

So weiß in der Tat ein Berliner Morgenblatt schon jetzt von Vereinbarungen zwischen Reichsinnenministerium und der Führung des Reichsbanners, zu berichten, die die Umgestaltung des Reichsbanners und seine Einfügung in die Pläne Groeners zum Ziel haben.

Groener entwickelt selbst in seiner Erklärung diese Pläne: „Dabei hatte ich lange Zeit den Gedanken, auch die Angehörigen der SA, wie die Mitglieder anderer Verbände, in einer neuen großen nationalportlichen Organisation zu einem freiwilligen staatspolitischen Zusammenwirken zusammenzuführen.“

Der Gang der politischen Ereignisse seit Anfang dieses Jahres habe jedoch diese Pläne nicht zur Ausführung kommen lassen. Groener habe nunmehr die SA verboten, um, was er nicht ausspricht, den „lange Zeit verfolgten Gedanken“ in die Tat umzusetzen.

„Meine Bemühungen“, sagt Groener weiter, „werden in der nächsten Zeit dahingehen, die gesamte deutsche Jugend, ohne Ansehen der Partei, in Sportorganisationen zusammenzuführen zur Erfrischung von Körper und Geist und zur Pflege staatspolitischen Denkens und Willens.“

Diese Darstellung der Absichten Groeners durch ihn selbst bestätigen unsere Feststellung, daß das SA-Verbot gleichzeitig den

Verzicht der Bourgeoisie darstellt, ihre Kräfte für den imperialistischen Krieg und gegen die Arbeiterklasse zu konzentrieren. Der Plan Groeners geht darauf hinaus, alle Kräfte der Hitlerischen „Portarmee“ ebenso wie das Reichsbanner und den Stahlhelm zusammenzuführen zu einer großen „nationalportlichen Organisation“. Vor allem will Groener damit die Jugend erziehen und heranziehen. Mit Hilfe des Staatsapparates sollen also Organisationen geschaffen werden, die eine ähnliche Bedeutung haben wie die in Italien von Mussolini geschaffenen faschistischen Jugendorganisationen.

Die von Groener geplante Organisation ist ein Gemisch zwischen allgemeiner Wehrpflicht und Arbeitsdienstpflicht.

Das Programm der Nationalsozialisten wird auf diese Weise verwirklicht. Mit Hilfe des Staates werden SA, Stahlhelm und Reichsbanner zu faschistischen Massenorganisationen umgebaut, die sich in der Konsequenz gegen die Arbeiterklasse richten. Der Unterschied ist nur der, daß auch das Reichsbanner einbezogen wird, und daß diese Maßnahmen nicht von Hitler-Röhm, sondern von Groener-Schleicher durchgeführt werden.

Die Sozialdemokratische Partei und die Reichsbannerführung sind über die Absichten und Pläne Groeners unterrichtet und billigen dieselben. Das geht aus der Stellung des „Vorwärts“ eindeutig hervor.

Werden die Absichten Groeners Wirklichkeit, dann sind die Gefahren für die Arbeiterklasse und für ihren Kampf gegen die verhasste kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung nicht gering einzuschätzen. Diese „nationalportliche Organisation“ auf der Grundlage der Arbeitsdienstpflicht wird die Armee abgeben, die bei Streiks der Arbeiter und bei dem antifaschistischen Kampf der Arbeiter, ausgerüstet mit der staatlichen Autorität, unterstützt von den Machtorganen des kapitalistischen Staates, gegen die Arbeiterklasse eingesetzt werden wird.

Hand in Hand mit der Vorbereitung und Durchführung dieses Planes werden zugleich schärfere Maßnahmen der Brüning-Groener-Regierung gegen die proletarischen antifaschistischen Kampforganisationen, und vor allem gegen den kommunistischen Jugendverband eingeleitet und durchgeführt werden. Das Verbot dieser Organisationen wird zu einer drohenden Gefahr für die Arbeiterklasse.

Darum muß die Arbeiterklasse gegen die Absichten der Bourgeoisie, wie sie von Groener angedeutet werden, Sturm laufen.

Wieder die üblichen Siedlungsversprechungen!

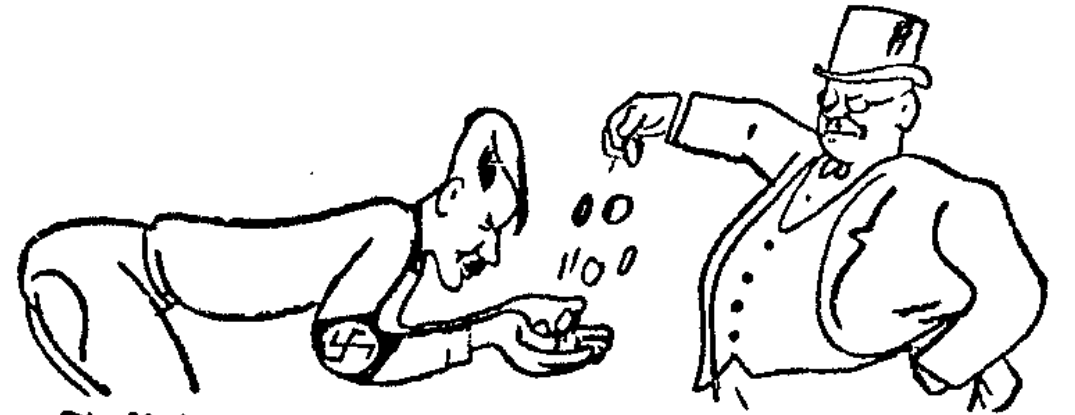
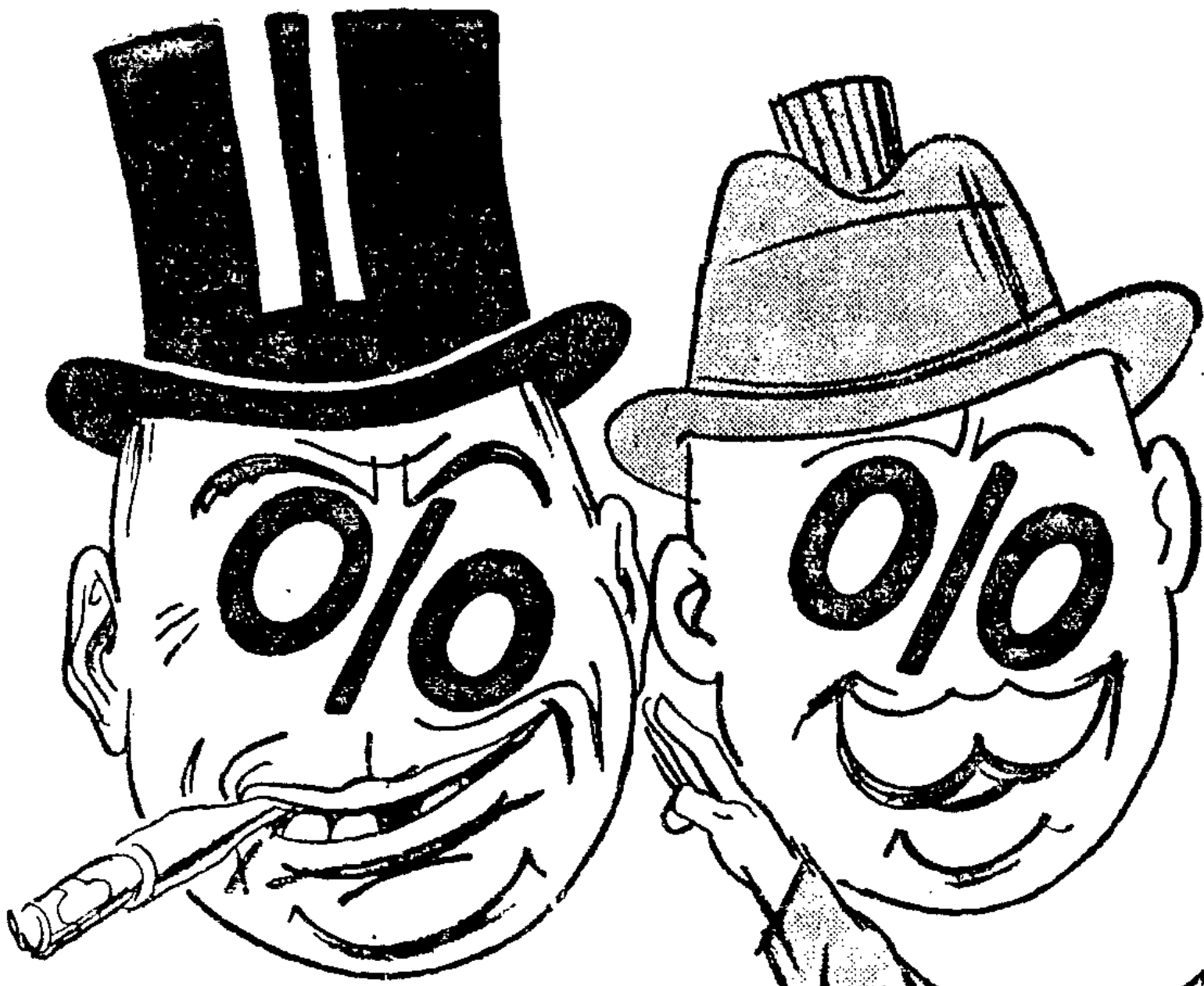
„Siedlungspläne“ — und dabei natürlich der „Vorwärts“ — teilen mit, daß am 19. April unter Vorsitz von Groener eine Besprechung verschiedener Reichsminister stattgefunden hat, in der über die Frage der landwirtschaftlichen Siedlung verhandelt wurde. Daraus macht der „Vorwärts“ eine „große Sensation“ in Preußen. 2 Millionen Morgen Land stehen bereit. Damit hofft das SPD-Blatt, wenige Tage vor der Wahl Stimmen zu fangen. Eine leere Hoffnung!

Die Siedlungspläne werden schon seit Jahr und Tag „besprochen“. Wenn Millionen in dieser Richtung bestanden haben, so sind sie längst geplant. Es ist doch so, daß jene Siedler, die bereits seit Jahren unter verhältnismäßig günstigeren Bedingungen und unter den ungünstigsten Entbehrungen sich abgerackert haben, heute ruiniert und zu Bettlern geworden sind. Angesichts dieser Tatsache werden die Erwerbslosen auf die neue „Siedlungssaktion“ ebensowenig hereinfallen wie auf die bisherigen.

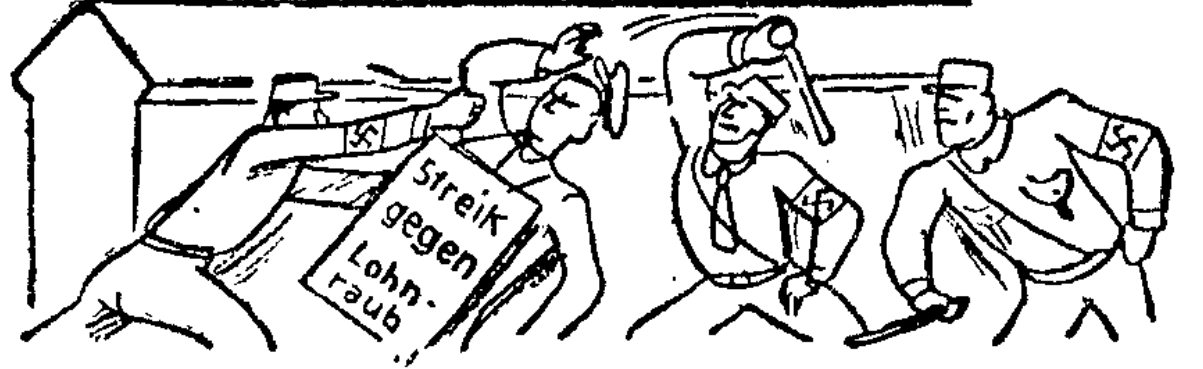
In der amtlichen Mitteilung über die Ministerbesprechung am 19. April wird gesagt, daß „Millionen Morgen Land... jetzt in der Hand neuer Siedler im deutschen Osten fest verankert“ sollen. Selbst aus dieser Formulierung geht hervor, daß eine gegenüber der 6-Millionen-Zahl der Erwerbslosen nur geringe Anzahl von Arbeitslosen überhaupt in Frage käme. Die 2 Millionen Morgen stehen zunächst auch nur auf dem Papier. Das Siedlungsland, das im Osten freigemacht wird gilt zudem als der schlechteste Boden, der sehr wenig fruchtbar ist. In der amtlichen Mitteilung befinden sich dann auch die folgenden sehr vielsagenden Sätze:

„Darum muß aber auch der neue Siedler auf alle überflüssigen Ansprüche verzichten. Nur das Notwendigste an Einrichtungen und Gebäuden aus billigem, bodenständigem Material, wo immer möglich, aus Holz, Stroh

Program - Schutz des Kapitals

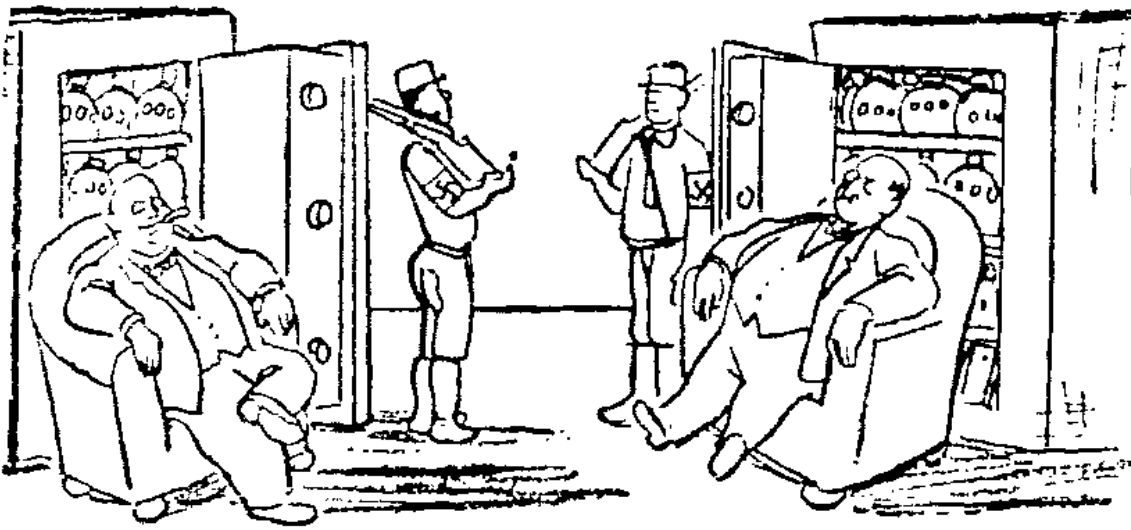


„Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei hat auch den Schutz des rechtmäßig erworbenen Eigentums auf ihr Programm geschrieben. Leider ist das ohne bedeutende Geldmittel nicht zu machen. Es bleibt uns daher nichts übrig, als uns an die Kreise aus Industrie und Handel mit der Bitte um Unterstützung zu wenden.“ (Aus: Bettelbrief der Nationalsozialisten an den Stuttgarter Großindustriellen Robert Bosch.)
 „Ein Teil der in Gruppe Nordwest zusammengefaßten Unternehmer hat die Nationalsozialisten finanziert, jener Teil, der hofft, über Adolf Hitler und eine Inflation seine Schulden loszuwerden.“ (Erklärung Krupp von Bohlen-Halbach in Essen.)

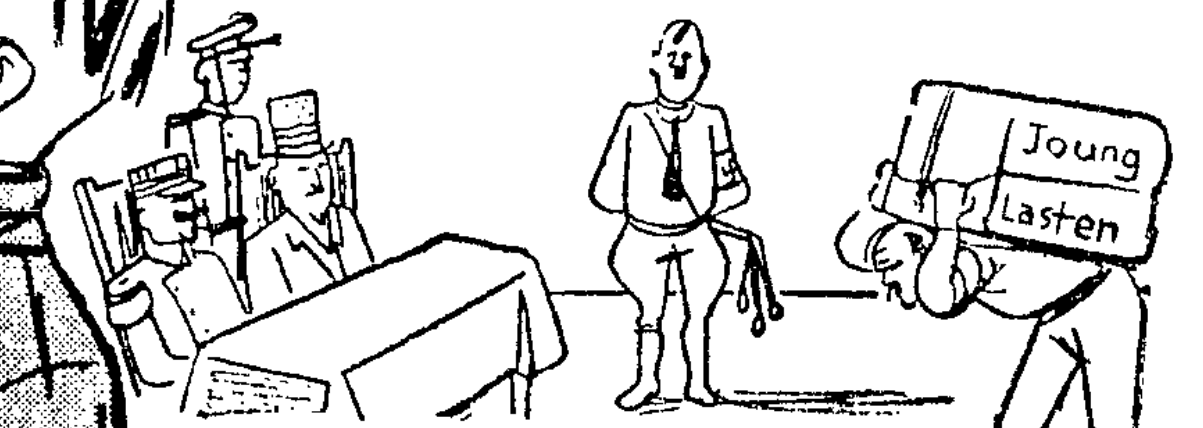


„Aus der berufständigen Solidarität ergibt sich die Ablehnung des Streiks.“ (Nazi-Theoretiker Feder.)
 „Die Partei hat sich bereitzuhalten, um gegebenenfalls der Polizei im Kampf gegen die streikenden Bergarbeiter zur Verfügung zu stehen.“ (Befehl des Gauführers Terbowen im Ruhrgebiet.)

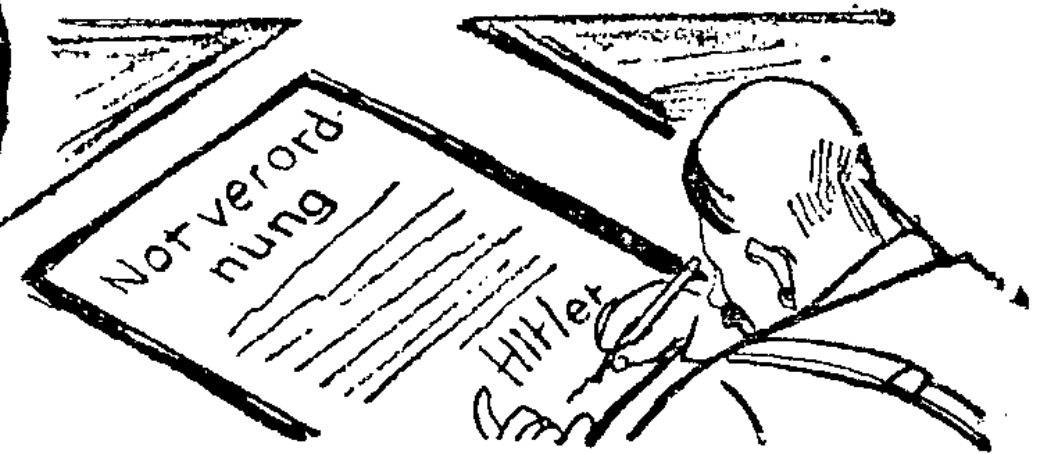
„Der Nationalsozialismus erkennt das Privateigentum grundsätzlich an und bejaht den Aufbau unserer Wirtschaft im Hinblick auf ihre Organisationsformen, Klein-, Mittel-, Groß- und Riesenbetriebe, Syndikate, Truste. Hervorragendste und weltbekannteste Beispiele wahrer Unternehmer sind die wirklich großen Schöpfer unserer Schwerindustrie, wie Krupp, Kirdorff, Thyssen, Abbe, Mannesmann, Siemens, um nur wahllos einige zu nennen.“ (Aus dem Programm der NSDAP., S. 47.)



„Ja, glauben Sie doch nicht, daß wir etwa den soliden Privatbankier ausschalten, auf seine Mitarbeit verzichten könnten. Im Gegenteil. Die Pflege des soliden Privatbankiers wird wesentlich zur Wiederbelebung des Personalkredits beitragen.“ (Nazi-Feder im Reichstag, 3. Dez. 31.)
 „Die deutschen Juden sollten froh sein, durch eine nationalsozialistische Regierung die Sicherheit ihres Lebens vor der Vernichtung in der bolschewistischen Revolution zu erhalten.“ (Dr. Stark in einem offiziellen Buch des Münchner Nazi-Verlages.)



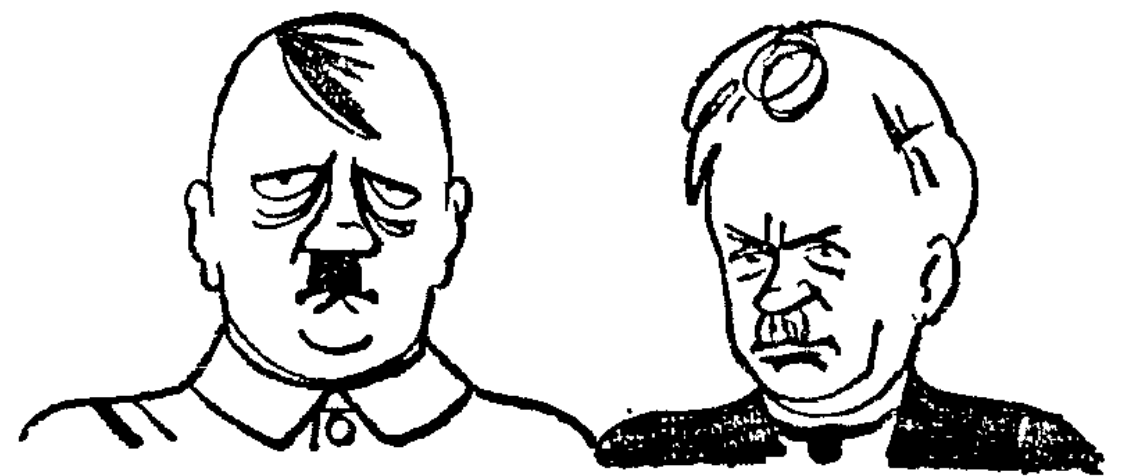
„Es wird Deutschland nicht schwerfallen, die Reparationen anzuerkennen und zu bezahlen. Nur muß Frankreich Deutschland gestatten, die Ausfuhr zu ermöglichen.“ (Hitler an den Korrespondenten der faschistischen italienischen Zeitung „Gazette del Popolo“.)



„Ich werde keineswegs alle Notverordnungen Brünnings rückgängig machen.“ (Erklärung Hitlers am 12. März gegenüber dem amerikanischen Korrespondenten Knickerbocker.)



„Genau so falsch ist die Behauptung, daß die NSDAP. den Großgrundbesitz zerschlagen wolle. Der Großgrundbesitzer ist in der Lage, mehr für die menschliche Ernährung geeignete Früchte abzugeben als der Bauer. Aus diesem Grunde ist der Großgrundbesitzer der Ernährer der Städte. Weiter aber ist nur der Großgrundbesitzer in der Lage, die Wälder zu haben, die erforderlich sind, um die für Deutschlands immerhin armen Boden nötigen Niederschlagsmengen zu regeln.“ („Angriff“, 14. November 1931. Dr. Schlange: „Programatische Erklärung“.)



„Ich würde mich als Sozialist darüber freuen, wenn die Bewegung der Nationalsozialisten von klaren, politischen Köpfen geführt würde, mit denen man Politik treiben und ein Stück auf dem Wege zum Wiederaufbau Deutschlands zusammengehen könnte.“ (Severing am 6. April 1932 in Hamburg.)

Irreführte Naziproleten, überzeugt euch selbst! Lest die Auszüge aus dem Programm der NSDAP., die Aussprüche der Führer des Hakenkreuzfaschismus! Verlaßt die Partei der Finanzkapitalisten, Großgrundbesitzer, der Streikbrecher, die Partei der Youngknechte und der faschistischen Notverordnungsdictatur!

Klassengenossen in Betrieb und Stempelstelle: das ist die NSDAP., die Partei der Todfeinde des werktätigen Volkes / Kämpft in roter Einheitsfront gegen den Faschismus von Hitler bis Severing!

Wählt am 24. April die Liste der Kommunistischen Partei!

Christliche Arbeiter, zu uns!

Wer Zentrum wählt, wählt Lohnabbau, Hunger, Krieg und Faschismus
Das Zentrum macht die Reichen immer reicher, die Armen immer ärmer
Nur der Kommunismus bringt Arbeit, Brot und Freiheit!

Für mehr als 6 1/2 Millionen Arbeiter stehen die Tarifabläufe bevor. Stegerwald konterfirt bereits mit den Trugschlüssen und den gefügigen Gewerkschaftsführern über die neue kommende Lohnsenkung. In den bevorstehenden Landtagswahlen aber wird das Zentrum wie immer phrasenhaft und demagogisch von einem „Kampf gegen die Lohnsenkungen“ sprechen.
Weitere Lohnsenkungen sind unmöglich.
Der Herr Stegerwald bereits Ende 1930, dasselbe wiederholte er im Frühjahr 1931. Aber auf dem Rissenkongress, einige Tage nach dem zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl, kündigte Stegerwald bereits offen eine neue Lohnabbauoffensive und den brutalen Abbau der Sozialversicherung an. Er

sagte, daß die „überhöhten Löhne einzelner Industrien“ weiter abgebaut werden müßten und der Staat die Invaliden- und Altersrentner aufs Land schicken müsse, wo sie sich selbst mit Kartoffeln und landwirtschaftlichen Produkten am Leben erhalten müßten, da kein Geld mehr dafür da sei. Währenddem fahren die „christlichen“ Kapitalisten in Luxusautos nach der Schweiz und nach Italien und leben von den verschönten Devisen auf herrlichen Prunkschlössern, als sichtbarer Ausdruck zentristischer „Volksgemeinschaft“. Dafür kürzten Stegerwald und Brüning auch dreimal die Löhne um insgesamt 3 1/2 Milliarden Mark.

BIST DU NOCH NICHT MITGLIED **WILLST DU EIN FREIES SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND** **DANN - TRITTE EIN IN DIE K P D!**
MELDE DICH IN DEINEM BEZIRK ALS ROTER WAHLHILFER

Zentrumskapitalist Klöckner schwingt die Hungerpeitsche

2,50 Mark als Lohn für sechsköpfige katholische Familie in 10 Tagen — Zentrums-Klöckner, der 60fache Millionär, als „Vertreter“ der hungernden Arbeiterzentrumswähler

Bei Castrop-Rauxel im Ruhrgebiet liegt die Schachtanlage Viktor 1/2, die dem zentristischen Trugschlösser Klöckner gehört. Nahe dabei liegt eine Arbeiterkolonie, in der Hunger und Verzweiflung herrschen und in der meist christliche Arbeiter wohnen. Ein alter Kumpel K., der 30 1/2 Jahre für Klöckner gekämpft hatte, hat sich kürzlich aus Nahrungsjorgen in den Kanal gestürzt, wo er ertrank. Auf dieser Zentrums-Schachtanlage ist es keine Seltenheit, daß an den Abblagschlagtagen infolge des von Brüning und Stegerwald diktierten Lohnabbaus 200 und mehr Kumpels ohne einen Pfennig Lohn, oder aber mit wenigen Bettelstücken nach Hause gehen müssen. Da erbielt 1. B.

wird beseitigt, das Streikrecht wird vernichtet, das Tarifrecht ist aufgehoben. Der Lohn- und Sozialabbau, diese Forderung und Politik des faschistischen Unternehmertums, wird von den zentristischen Scharmachern und von der Regierung Hirtsfiebers, Stegerwalds und Brünings in die Wege geleitet.

Zu den Dezember-Notverordnungen von 1931 erklärte eine italienische Faschistenzeitung, die „Tribuna“:
„Der letzte Versuch Deutschlands entspricht den Richtlinien, die der Faschismus im vergangenen Jahre zur Anwendung gebracht hat!“

Und Stegerwald selbst, der engste Vertraute des zentristischen Reichstanzlers, erklärte selbst zu den letzten Lohnabbauaktien, die die Notverordnung verfügte:
„Die Reichsregierung ist in vielfacher Hinsicht weiter gegangen, als vor Jahren Mussolini in Italien!“

Damit geben die Zentrumsführer zu, daß ihre Politik die des Blutdiktators Mussolini sogar noch übertrifft.

Bis aufs Hemd ausgezogen

Diese faschistische Politik der Zentrumsparlei wird neuerdings vor auch christlichen Arbeitern getarnt durch das Gerede der Imbusch und Otte vom Bergarbeiterverband, man müsse „sozialisieren“ oder wenigstens den Staatskapitalismus einführen.

diesen „Staatskapitalismus“ Stegerwaldscher Prägung gejagt hat:

„Amerika und auch Deutschland „regulieren das Wirtschaftsleben“ so, daß für die Arbeiter und werktätigen Bauern ein Militärzucht haus, für die Bankiers und Kapitalisten dagegen ein Paradies herauskommt. Diese „Regulierung“ besteht darin, daß man den Arbeitern den Profit höher hängt, den Kapitalisten aber noch höhere Profite sichert!“

Lenin hat tausendmal recht, wie ihr selbst nachprüfen könnt an der Politik Brünings und Stegerwalds, die den Bankiers der Danabank und zahlloser anderer Banken, den ostelbischen Großgrundbesitzern mehrere Milliarden schenkte — auf eure Kosten.

kürzlich ein christlicher Bergarbeiter, Vater von 4 Kindern, von seinem zentristischen Unternehmer Klöckner einen Lohnabschlag von sage und schreibe 2,50 Mark (in Worten: zwei Mark und fünfzig Pfennige). Von diesem Gelde sollen nun sechs katholische Familienmitglieder 10 Tage lang leben! Hier demonstriert sich das „soziale Gewissen“ der Zentrumsführer so brutal, wie es sich kraßer nicht offenbaren kann. Und nun das Gegenstück: Klöckner selbst!

Peter Klöckner, der Leiter des Konzerns, gehört mit 60 Millionen Reichsmark Vermögen zu den reichsten Leuten in Deutschland. Sein Bruder Florian, Teilhaber der Konzerngewinne, ist Reichstagsabgeordneter und Vorstandsmitglied der Zentrumsparlei. Diese Art „Volkstreter“ besiegt das Zentrum in die Parlamente!

Recht ist ihr, was das heißt, christliche Arbeiter? Das heißt „Sozialisierung“ der Schulden dieser bankrotten Kapitalisten auf eure Kosten, wie im Jahre 1923, als das Zentrum den Ruhrmillionären 715 Goldmillionen schenkte. Ihr sollt Steuern zahlen, bis ihr kein ganzes Hemd mehr auf dem Leibe habt, während eure sich als „Glaubensgenossen“ aufspielenden Kapitalisten die Millionen profite einjaden. Das Ganze nennt Stegerwald dann „Staatskapitalismus“. Und nun hört einmal, was Lenin, der geniale Führer des Weltproletariats, schon während des letzten Weltkrieges über

Massenmord ein Geschäft für Zentrumskapitalisten

Die räuberischen Kapitalisten sind damit noch nicht zufrieden, sie wollen immer neue Reizeprofite und als letzten „Ausweg“ aus der Weltwirtschaftskrise bereiten sie den Krieg überfall auf den ersten Arbeiter- und Bauernstaat der Welt, auf Sowjetrußland vor. Und so wie im letzten Weltkriege die Führer des „christlichen“ Zentrums predigten, es sei eine „Gottesstat“, dem Feinde das Bajonett zwischen die Rippen zu stoßen, so stehen sie auch heute wieder an der Spitze der Heere gegen Sowjetrußland, dem einzigen Staat, in dem es keine Erwerbslosen mehr gibt und wo die Arbeiter selbst herrschen über Banken, Fabriken, Grund und Boden. Schon werden

Verammlung in Duisburg-Hamborn, wo gegen die Ammoniat- und Sprengstoffverschiebungen nach Japan Stellung genommen wurde:

„Wir können es nur begrüßen, wenn in Japan und China Krieg geführt wird, dadurch können die deutschen Arbeiter wieder einmal ihren Geldbeutel füllen.“

„Christliche Moral“ — es ist die Moral der Zentrumsführer, der Kapitalisten, die die „Volksgemeinschaft“ so auffassen, daß ihr, christliche Arbeiter und Bauern, wie im Weltkrieg wieder den Kopf ins Loch haltet, während sie euch das Fell über die Ohren ziehen.

Macht Schluss damit! Euer Platz ist in der Front eurer kommunistischen Klassenbrüder, die um die Befreiung der Welt vom Joch des Kapitalismus kämpfen und die größter Opfer in diesem Kampf nicht scheuen, der um die Zukunft der Menschheit ausgefochten wird.

Kein Handschlag, kein Feilenstreich für die Kriegsproduktion, Streik gegen Kriegstransporte an die Sowjetgrenzen — das ist eure Lösung!

in zahlreichen Betrieben Granaten und Giftgas hergestellt zum mörderischen Menschenjachten, obwohl heute noch täglich auf den Schlachtfeldern bei Verdun und an der Somme die gebildeten Knochen deutscher und französischer Soldaten zu zehntausenden aufgefleht und in den Beinhäusern aufgestapelt werden.

Das Verbrechen der Herstellung von Kriegsmaterial wird sogar von den christlichen Führern bejubelt und der christliche Gewerkschaftsführer Wagner erklärte kürzlich in einer

Wenn wir regieren!

Arbeit und Brot in Hülle und Fülle, aber ohne die Dividendenschlucker und Klöckner-„Christen“ — Kämpft mit uns für das freie sozialistische Deutschland!

Erst im Kommunismus werden die Millionen hungerrnder deutscher Arbeitsloser wieder Arbeit und Brot finden. Die Sowjetunion ist das lebendige Beispiel dafür, wie allein die Arbeiterschaft befreit werden kann. Erst in einem freien sozialistischen Deutschland wird dem arbeitenden Volke Freiheit und Wohlstand gebracht.

Unser Parteiführer Ernst Thälmann sagte kürzlich in einer Kölner Rheinlandgebung unter dem Beifall zahlreicher katholischer Arbeiter über das Regierungsprogramm der deutschen Arbeiter:

„Wenn wir aus Ruher kommen, geküßt auf den Willen der Millionen Proletarier in Stadt und Land, dann sind wir entschlossen, die Macht nie wieder aus unseren Händen zu geben!“

Dann sind wir entschlossen, dieses Land, das heute mit Hilfe der SPD und der Hitlerparlei von den kapitalistischen Räubern und Grundbesitzern des internationalen Finanzkapitals verunreinigt, geknechtet und in eine Hölle verwandelt wird, umzuwandeln in ein Land der sozialistischen Arbeit und des sozialistischen Aufstiegs.

Die Fabriken, die heute von den Kapitalisten abgebrochen, geschloffen und versteigert werden wir werden sie in Betrieb setzen, aber ohne Kapitalisten, ohne Generaldirektoren, ohne Dividendenschlucker und Aktionäre, ohne die faschistische Mentalität!

Die Bergwerke, die großen Güter, die Werften, die Dampferlinien — heute alles Privat-eigentum einer kleinen Clique kapitalistischer Schmarotzer — werden wie in den Besitz des All-

gemeinheit des werktätigen Volkes unter der Hegemonie des Proletariats überführen! Wir werden die Kapitalisten entschädigungslos enteignen!

Wir werden die Großgrundbesitzer, die heute stets über ihr elendes Los klagen, obwohl sie Millionen und aber Millionen an Subventionen aus den Taschen der Steuerzahler beziehen, entschädigungslos von diesem ihrem „Glend“ befreien, indem wir ihre Güter teils unter die Masse der landarmen Bauern aufteilen, teils in sozialistische Güter des proletarischen Staates verwandeln!

So werden wir die vom Kapitalismus verunreinigte Produktion wieder in Gang setzen und damit Millionen von Erwerbslosen Arbeit und Brot verschaffen!“

Für diese Ziele, ihr christlichen Klassenbrüder, laßt uns gemeinsam kämpfen!

Bekräftigt diesen euren Willen dadurch, indem ihr am Sonntag, dem 24. April, stimmt:

Für Arbeit, Brot, Boden und Freiheit, für ein freies, sozialistisches Deutschland!

Wählt Kommunisten!

Der „Volksstaat“ des Zentrums

Für Hohenzollernprinzen und Generale tausende Mark pro Tag, für christliche Arbeiterfrauen und Kriegsopter den nackten Hunger!

Die Brüning-Stegerwald-Regierung schenkte den Bankhüänen durch ihre Subventionspolitik allein im letzten Jahre aus den Steuergehören der Armen mehrere Milliarden Mark. Zur gleichen Zeit hat Stegerwald durch seine Schlichter- und Notverordnungs politik 3 1/2 Milliarden Mark aus den Lohn- und Gehaltsempfängern, aus den unteren Beamten, den Werttätigen, dem Mittelstand, aus den Kleinbauern und Fischern herausgeholt.

Christliche Arbeiter, ihr friert und hungert mit uns, habt keine Wohnung und Kleidung. Das beschert uns das Zentrum in Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie; denn in Preußen, so wohl wie in Bayern, Württemberg, Anhalt, in ganz Deutschland verriegt die Klöckner-Partei über den maßgebenden Regierungsmittelpunkt.

Im Reiche Brünings, Stegerwalds und Hirtsfiebers erhält eine Arbeiterwitwe täglich 80 Pfennig, ein Schwerkrriegsbeschädigter täglich 1. — Mark, eine Kriegerwitwe täglich 46 Pfennig. Aber ein ausgedienter General, der zudem noch in der SPD in blutrünstigen Reden für einen neuen Krieg gegen die Sowjetunion, für den Bürgerkrieg gegen das Proletariat stehen darf, ein solcher General erhält vom preußisch-deutschen Staat, also vom Hirtsfiebers-Brüningischen Staate täglich 50 Mark Gehalt. Der gleiche Zentrumsstaat kann

für den ausgereizten Oberleutnant Kaiser Wilhelm täglich 1670 Mark bezahlen.

Mehr als eine halbe Million Mark haben in den letzten Wochen die Hohenzollern für den Wahlfonds der Nazis aus den von christlichen Arbeitern, Angestellten und Beamten erprehten Abfindungsgehältern gezahlt.

Polizeihunde-„Kultur“

1. Hund hat es besser als christliche Erwerbslose.

Die Hirtsfiebers, Seperling und Braun haben im neuen preußischen Etat für das Jahr 1932

für 754 Polizeihunde einen jährlichen Betrag für die Verpflegung und Unterhaltung dieser Hunde 460 000 Mark bereitgestellt.

Im gleichen Etat fehlen die Zentrumsführer gemeinsam mit den Sozialdemokraten und unter Zustimmung der Nazis für die vielen Millionen Arbeiterkinder eine Kinderhilfe von sage und schreibe 250 000 Mark ein. Den Betrag des Vorjahres für die Kinderhilfe hat die Zentrums- und SPD-Regierung um zwei Drittel gekürzt, denn im Vorjahre wurden noch 720 000 Mark im Etat für die Arbeiterkinder festgesetzt. — Welche Demonstration der Barbarei in einem vom Zentrum beherrschten System!

Ein Polizeihund gilt mehr wie ein Proletariatskind. Er kostet pro Monat 31,45 Mark, dagegen ein lediger Wohlfahrtsempfänger ganze 35 Mark und erst ein Arbeiterkind ganze 0,06 Mark. Das ist der christliche „Volksstaat“ in Reinkultur.

Mussolini übertrumpft

Das Zentrum, die Partei der faschistischen Diktatur

den Abbau aller „demokratischen“ Einrichtungen in Deutschland von den Zentrumsführern in die Wege geleitet worden: Die Pressefreiheit wird zerschlagen, die Versammlungsfreiheit

Rund um den Erdball

Schaut nach Rußland

Deutsche Arbeiter in der Sowjetunion rufen

Der Weg der russischen Arbeiter muß auch unser Weg sein!

Ein Brief deutscher Arbeiter aus der Sowjetunion

„Schaut nach Rußland!“ rufen die Nazis. Jawohl, schaut nach Rußland, sagen wir. Viele deutsche Arbeiter, SPD-Arbeiter und parteilose, sind im Laufe der letzten zwei Jahre in die Sowjetunion hinübergegangen. Sind hingegangen, nicht als Delegierte, nicht als Touristen, sondern um dort Arbeit und Brot zu finden.

Sie arbeiten in den russischen Betrieben, sie arbeiten Hand in Hand mit der dortigen Arbeiterschaft am gigantischen Aufbau des Sozialismus unter Führung der Kommunistischen Partei. Sie stehen mitten im Betrieb, sie sehen die Dinge, wie sie in Wirklichkeit sind. Diese deutschen Arbeiter, Arbeiter aus Berlin, aus dem Rheinland, aus dem Ruhrgebiet und Sachsen, schreiben an die „Rote Fahne“, nehmen zu den Ereignissen in Deutschland Stellung. Dies nach einem Jahr in der Sowjetunion, nachdem sie gesehen haben, ja praktisch erlebt haben, was die Diktatur des Proletariats bedeutet, wohin der Weg der Kommunistischen Partei führt.

Hier der Brief im Original.

*

An die Redaktion der „Rote Fahne“!

Berlin C 25,
Kleine Alexanderstr. 27.

„Werte Kollegen und Genossen!“

Wir deutschen Arbeiter haben uns ganz eingestellt auf die Aufbauarbeit in der Sowjetunion. Euren Kampf dort können wir nur aus der Ferne miterleben. Aber glaubt uns, daß wir trotzdem doch genau so verbunden sind wie vorher.

Wir besprechen hier sehr viel folgende Frage: Wie ist es möglich, daß so viel Anhänger der Sozialdemokratie ihre Stimme für Hindenburg gegeben haben? Ist das Angst vor dem Faschismus? Wir sehen hier die Sache so an, daß Hindenburg und alle, die ihn trügen, die besten Wegbereiter für den Faschismus sind. Die Wahl Hindenburgs tötet nicht vor dem Faschismus.

Eure Sicherheit vor dem Faschismus bietet nur eine starke revolutionäre Einheitsfront der werktätigen Massen unter Führung der K.P.D.

Wir glauben, daß bereits Kreise der arbeitenden Massen, und speziell große Teile derer, die mit der SPD für Hindenburg und mit den Nazis für Hitler gestimmt haben, zwar stark sympathisieren mit der Kommunistischen Partei, aber doch noch immer nicht das richtige Vertrauen zur Stärke der revolutionären Bewegung, zur revolutionären Lösung der Krise des Weltkapitalismus haben.

Für den täglichen Kampf, gegen Kriegsgefahr, gegen weitere Ausbeutung in den Betrieben, gegen weiteren Abbau der Erwerbslosen- und Rentenunterstützung, für die Sowjetunion, für Sowjetdeutschland.

*

Als wir vor über einem Jahr zur Abfahrt nach der Sowjetunion bereit waren, bekamen wir immer wieder zu hören von Arbeitsnachweis-Angestellten und SPD-Anhängern: „Nahrt nur nach Rußland, ihr kommt bald als SPD-Mitglieder zurück.“

Ortschaften weggeschwemmt

Belgrad, 21. April. Die ungeheuren Ueberschwemmungen an der Sava schienen ihr höchstes Ausmaß erreicht zu haben.

In dem unabsehbaren Ueberschwemmungsgebiet vollzieht sich nun ein trübseliges, aber furchtbares Drama. Die Häuser stürzen nach und nach ein und verschwinden in den flutenden Fluten. Von dem Ort Koritza sind nur noch wenige Ueberreste zu sehen. Man befürchtet, daß bis Donnerstag früh auch die letzten Häuser zusammengebrochen sein werden, so daß auf der riesigen Wasserfläche kein Zeichen mehr an das Vorhandensein dieses Ortes erinnert.

Die Behörden stehen der Not der Bevölkerung hilflos gegenüber, da es an Geldmitteln mangelt. Man schätzt den Materialschaden im Ueberschwemmungsgebiet bereits auf eine Milliarde Dinare.

Selbstmord eines Berliners in Allenstein

Alenstein, 21. April. In der Nacht zum Donnerstag erschoss sich in den Anlagen der Hindenburgstraße ein gutgekleideter junger Mann. Die Polizei war sofort zur Stelle, alsbald auch ein Arzt, der nur noch den Tod feststellen konnte. Nach den mitgeführten Papieren handelt es sich um einen 1905 geborenen, in Berlin-Pichtenstraße, Potsdamer Straße 21, wohnhaften Gelehrten, wahrscheinlich Kaufmann, der in einem Allensteiner Hotel abgeblieben war, wo sich kein Mantel und kein Hut vorfand. Auf einem Zettel hinterläßt er letzte Grüße an einen Bekannten in Allenstein und an seine Frau in Berlin. Dem Vernehmen nach ist er ohne Gepäc eingetroffen, hat aber keine Hotelrechnung bezahlt.

Messerstecherei nach einem Tanzvergnügen

Nach einem Tanzvergnügen in einem Dorfe bei Salzwedel kam es zwischen jungen Leuten zu einer schweren Schlägerei, in deren Verlauf sich der Teilnehmer mit Messern arg zurietheten. Ein Messer wurde schwerverletzt in das Krankenhaus gebracht, ein anderer junger Mann hatte nicht weniger als sieben Messerstiche erhalten.

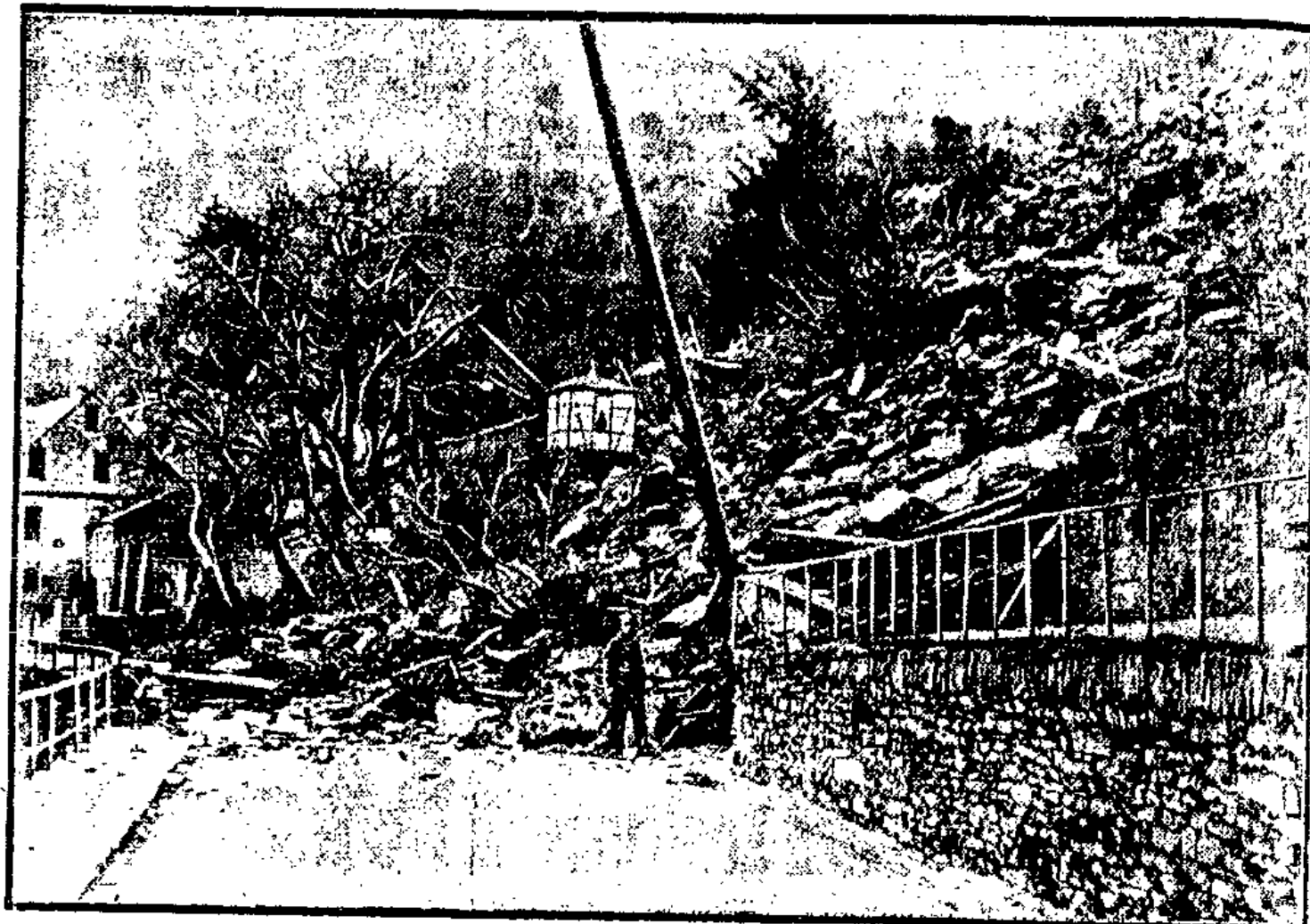
Oder von Naziführern: „Ihr kommt nach einem Jahr als die beste SA zurück.“

Genossen, mehr als ein Jahr ist inzwischen vergangen. Wir brauchen die Gelegenheit der Landtagswahlen, um vor der breiten Öffentlichkeit die Versicherung abzugeben:

Unsere Stimme gehört der Kommunistischen Partei! Nicht den geringsten Zweifel haben wir an der Richtigkeit des Weges, des die russische Arbeiterschaft gegangen ist.

Umgekehrt. Die gemeinsame Arbeit mit den russischen Arbeitern, unsere Besuche bei der Roten Armee, unsere Kenntnis des kulturellen Fortschritts

Die Höhe des abgestürzten Teiles des Cochemer Berges beträgt nach neueren Feststellungen 115 Meter, die Länge 200, die Tiefe und die Grundfläche 180 Meter. Es wird erwogen, auf der Höhe des Berges 80.000 bis 100.000 Kubikmeter Felsen abzutragen, damit der Berg zur Ruhe kommt. Die Kosten hierfür werden auf über eine Million Mark geschätzt. Da die abgestürzten Erdmassen des Cochemer Berges die Straße versperren, wird der gesamte Verkehr über die Brücke auf das jenseitige Moselufer umgeleitet. Mit weiteren Abstürzen ist zu rechnen.



Sprung aus dem brennenden Flugzeug

Würzburg, 21. April. Bei Rottendorf stürzte gestern nachmittags ein Flugzeug der hiesigen Fliegerlehre infolge Bergabsturzbrandes aus 1000 Meter Höhe brennend ab.

Der Pilot, ein Kunstflugschüler, sprang mit dem Fallschirm ab. Er trug bei der Landung geringe Hautabschürfungen im Gesicht davon. Das Flugzeug fiel in ein Feld, ein Teil der Maschine in den Hof eines landwirtschaftlichen Anwesens.

Riesenfeuer in Honduras

In Petz (Britisch-Honduras), einer Stadt mit etwa über 10.000 Einwohnern, brach gestern ein Feuer aus, durch das drei Häusermittel zerstört wurden. Menschenleben sind nicht zu beklagen, doch sind etwa 100 Einwohner obdachlos geworden. Die zerstörten Gebäude waren größtenteils Geschäfte. Der Schaden wird auf 1 Million Mark schätzt. — Wie erinnerlich, wurde die Stadt im September vorigen Jahres von einem Wirbelsturm heimgesucht, dem 1000 Menschen zum Opfer fielen.

Faltboot-Atlantikfahrer verschollen

Kölnheim, 21. April. Der am 11. Oktober v. J. von Lissabon aus mit einem Faltboot zu einer Ozeanüberquerung gestartete 31 Jahre alte Kapitän Engler, der den Spuren Nohmers folgen wollte, scheint ebenfalls ein Opfer des Meeres geworden zu sein.

Zeit einer Dampferbegegnung in der Nähe der Kanarischen Inseln am 20. November hat man von dem kühnen Ozeanfaher nichts mehr gehört, so daß man annehmen muß, daß er den Tod in den Wellen gefunden hat.

Absturz am Monte Rosa

Von drei jungen Leuten aus Paris, die den Monte Rosa bestiegen hatten, stürzte einer in eine vier Meter tiefe Felspalte. Seinen Kameraden gelang es nicht, ihm Hilfe zu bringen. Als eine Rettungs-Expedition an der Unfallstelle eintraf, war der Bergsteiger seinen Verletzungen bereits erlegen.

Schwere Bluttat

In Groß-Rangerdorf bei Falkenberg in Oberschlesien hat der erwerbslose Steinarbeiter Erich Scholz seine Frau und seine beiden vier und sieben Jahre alten Söhne während des Schlafes in den Betten durch Ertränkung zu Tode verurteilt. Alle drei wurden schwerverletzt in ein Krankenhaus gebracht. Der Täter wurde festgenommen.

Die beiden Reichsdeutschen Gasse und Witsin, die in Gantstadt bei Mährisch-Schönberg von den Tscheken unter Spionageverdacht verhaftet worden waren, sind auf freien Fuß gesetzt worden, da sich der Verdacht der Spionage nicht aufrechterhalten ließ.

und des ungeheuren Aufbaus auf industriellem Gebiet, alles das hat uns vollkommen davon überzeugt, daß der Weg der russischen Arbeiter und ihrer kommunistischen Partei richtig ist.

Das sagen wir, die wir fast alle Zeit mitten in der deutschen Arbeiterbewegung gestanden haben, die wir die Schwächen der deutschen Arbeiterbewegung sehr gut kennen. Wir kennen aber auch die guten Kräfte in der deutschen Arbeiterschaft, die wir bei gemeinsamer Arbeit im Betrieb, bei gemeinsamem Kampf gegen die Unternehmer kennengelernt haben.

Diese guten Kräfte zu organisieren, zusammenzufassen für den revolutionären Kampf, das halten wir für die entscheidende Aufgabe.

Das ist das große Ziel, das wir bei roter Einheitsfront der Arbeiterschaft unter Führung der K.P.D. erreichen werden.

Brüderliche Grüße der deutschen Arbeiterschaft!

Die in der staatlichen Fahrradfabrik arbeitenden deutschen Arbeiter:

Fritz Voigtländer aus Berlin, Otto Gründler aus Reinickendorf, Otto Dunkel aus Berlin, Anton Schröder aus Essen-Ruhr, Erwin Drilling aus Berlin, Hugo Reinhardt aus Jella-Mehlis, Walter Rauber aus Berlin, Otto Köhler aus Berlin, Heinrich Edmar aus Berlin, Jacobi aus Chemnitz, Erich Hamann aus Berlin, Fritz Arnold aus Düsseldorf, Walter Sorge aus Neutölln, Erich Thies aus Berlin.

Ja, schaut nach Rußland! — rufen wir euch zu.

Er „lebt“!

Wer denn?

Die Sensation geht durch die gesamte Weltpresse.

Er ist nach Sumatra geüchlicht, er ist auf Java aufgetaucht, er ist in einem Nachtlokal des Pariser Montmartre verhorgt.

Aber wer denn?

Zwar Kreuger.

Die Sensation wächst laminarartig.

Der schwedische Konsul in Paris und der Arzt, der Juar Kreugers Leiche besichtigt hat, beschwören, daß die Leiche, die in Paris gesehen haben, mit Juar Kreuger identisch ist.

Und doch: er lebt! Wohl nicht in Java und nicht in Sumatra, aber auf allen Böden der Welt, in den großen Banken und Nachtlokalen. Sein „Geist“ lebt. Täglich kommen neue Nachrichten an den Tag. Täglich brechen neue Konzerne, die mit Juar Kreuger verbunden waren, zusammen, und mit ihnen Hoffnungen aller derer, die sich auf ihn gestützt haben.

Er lebt. Die Faszination aller Länder, die von Juar Kreuger reichlich mit Geldmitteln bedacht worden sind. — Sie hammersich an die Hoffnung, daß Juar Kreuger, dieser größte Hochkapitalist, Ausbeuter, Fälscher und Betrüger aller Zeiten, noch immer lebt. Und auf Java, auf Sumatra, oder in einem Nachtlokal von Montmartre — Hauptsache ist, daß er lebt! Er muß ja auch gar nicht Juar Kreuger heißen, Hauptsache, daß er solche Organisationen wie Lappo in Finnland, der Nazis in Deutschland — und übrigens ist es allgemein bekannt, daß Juar Kreuger der Leistung des Reichsbanners nicht ferngestanden hat — weiter unterstützt. Aber die Stunde der Juar Kreuger hat geschlagen.

Juar Kreuger lebt nur noch im Zusammenbruch. Die anderen Juar Kreugers folgen ihm auf den Schritt.

Wie aus Meran gemeldet wird, sind die 42 deutschsprachigen Südtiroler in dem Meraner „Hochverratsprozeß“ freigesprochen worden. Sie waren „hochverräterischer“ Umtriebe beschuldigt, weil sie auf den Höhen zwischen Bozen und Meran Skulpturen getrieben hatten.

*

Die französischen Flieger Groselle und Salen haben einen neuen Streckenflug über Europa-Kapstadt aufgestellt. Die Flieger starteten am Sonntagfrüh, um 5.25 Uhr, vom Flughafen Le Bourget und landeten heute nacht, um 0.40 Uhr, in Kapstadt.

*

Wie aus Paris berichtet wird, entstand gestern in Remiremont ein Mischsal eines Wädchenpensionals ein Feuer, bei dem die 80 Zinnsäulen von der Feuerwehr gerettet werden konnten. Das Gebäude brannte vollständig nieder.

Das Neuroder Kohlenrevier — ein Friedhof

Von 3200 Bergarbeitern stehen heute noch 690 in Arbeit — Bergarbeiterwitwen und Berginvaliden in größtem Elend — 2 Bergarbeiterhinder an Unterernährung gestorben — Wir rufen zum Kampf um ein rotes Preußen im Räte-Deutschland! — Wählt Kommunisten, Liste 4!

In Schloffen hat das Elend in weiten Kreisen der wertlosen Bevölkerung auch solche Normen angenommen. Ganz schlimm sind die Elendverhältnisse in jenen Andäritätsgebieten, die heute einen Friedhof gleichen. Ein solches Gebiet ist das von den Unachtsamkeiten her so bekannte Neuroder Kohlenrevier. Die Lage in diesem Gebiet steht deutlich den Konditionen des kapitalistischen Wirtschaftens, die Unfähigkeit der heute noch in Deutschland herrschenden kapitalistischen Gesellschaft, der Bevölkerung Arbeit und Wohl zu verschaffen.

Der Hochstand der im Neuroder Kohlenrevier beschäftigten Bergarbeiter betrug 3200 Mann. Inzwischen wurde die Menge stark zurückgefallen, auf der alten 2500 Arbeiter beschäftigt waren, künftige Stellen sind nur noch die drei Gruben Johann Baptist, Karl Zell und Kohlenkonwerke mit insgesamt 600 Arbeitern in Betrieb.

Das Leben der im Betrieb stehenden Kumpels

Ihre Lage ist katastrophal. Hier der Lohnzettel eines Arbeiters mit sechs Kindern und Frau, der heute noch auf der Rudolfgrube beschäftigt ist.

Gesamtlohn für 15 Schichten (einschließlich 10,26 M. Hausstands- und Kindergeld)	82,00 M.
Zuflüge:	
Knappschaftsbeiträge	10,23 M.
Bürgersteuer	2,25 "
Verschiedene- (Auto)	7,20 " = 19,68 "

An-bezahlter Lohn: 62,73 M.

So Meter Arbeiter wie noch viele andere mit dem Auto zur Arbeitshalle fahren muß, wurden ihm unter Punkt Bescheidenes 7,20 Mark für die Autofahrt abgezogen. Bei dieser Gelegenheit werden die Bergarbeiter in unerhörter Weise ausgebeutet. Für die Autofahrt werden bis zu 10 Schichten 3,60 Mark und bei mehr als 10, also schon bei 11 Schichten, 7,20 Mark in Abzug gebracht. Der betreffende Bergarbeiter hat ein notwendiges Häuschen und einen Morgen Pachtacker, für den er 11 Mark Pacht jährlich bezahlen muß.

Der Lohn von 62,73 Mark wurde in 2 1/2 Wochen verdient, ergibt also 3,69 Mark pro Tag für acht Personen, oder 46 Pfennige pro Tag und Kopf.

Von diesem Geld zu leben, ist einfach unmöglich. Der Arbeiter geht mit hungrigem Magen zur Arbeitshalle, da es noch nicht einmal für die wasser zum Zerkleinern reicht. Auch diese sind unterernährt. Und bei jedem Lohn Monat das Unternehmen mit Unterernährung der arbeitenden Bevölkerung eine neue Lohnraub! Dem müssen sich die Bergarbeiter mit ihrer ganzen Kraft entgegenstellen. Die Lohnraub muß sein: keinen Pfennig Lohnraub mehr — Kampf um Lohnrehabilitation.

Familie mit 8 Kindern vor dem Verhungern

Die letzten Elendsbilder erhalten wir durch die Schilderung der Unterernährung des lange erkrankten Bergarbeiters Z. aus Ebersdorf. Dieser Bergarbeiter hat, wie fast alle im Neuroder

... im Neuroder Kohlenrevier ... im Jahre 1930 ... 12 ... 18 ... 20 ... 22 ... 24 ... 26 ... 28 ... 30 ... 32 ... 34 ... 36 ... 38 ... 40 ... 42 ... 44 ... 46 ... 48 ... 50 ... 52 ... 54 ... 56 ... 58 ... 60 ... 62 ... 64 ... 66 ... 68 ... 70 ... 72 ... 74 ... 76 ... 78 ... 80 ... 82 ... 84 ... 86 ... 88 ... 90 ... 92 ... 94 ... 96 ... 98 ... 100 ...

Hinterbliebene und Berginvaliden der Grubenkatastrophe führen ein Hungerdasein

Am 9. Juli 1930 durchlief die Welt die Mitteilung von der Katastrophe in der Wenzelsgrube, der 151 Bergarbeiter zum Opfer gefallen sind. Damals berichteten über diese Katastrophe alle Zeitungen in großer Aufmachung. Heute hat man die zahlreichen Hinterbliebenen und Berginvaliden vollständig vergessen. Ihre Lebensverhältnisse sind noch elender als die der erkrankten Bergarbeiter.

So leben die Bergarbeiter-Witwen!

In Ebersdorf wohnt die Bergarbeiterwitwe M. B. Sie erhält 53,40 Mark monatliche Unterstützung. Nach der letzten Altersrechnung wurde ihr diese noch um 10 Mark gekürzt. Frau B. hat zwei erwachsene Söhne, die beide erwerbslos sind. Ein Sohn erhält 15,80 Mark Unterstützung. Dem zweiten Sohn wurde die Arbeitslosenunterstützung verweigert und verlangt, daß die Bergarbeiterwitwe diesen Sohn von ihren 53,40 Mark monatlicher Unterstützung mit ernähren soll.

2 Bergarbeiterhinder an Unterernährung gestorben

Die Witwe M. B. hat zwei erwachsene Söhne, die beide erwerbslos sind. Ein Sohn erhält 15,80 Mark Unterstützung. Dem zweiten Sohn wurde die Arbeitslosenunterstützung verweigert und verlangt, daß die Bergarbeiterwitwe diesen Sohn von ihren 53,40 Mark monatlicher Unterstützung mit ernähren soll.

Nur der Sozialismus macht aus dem Industriefriedhof eine blühende Arbeitsstätte

Es ist ein trauriges Bild, das sich dem Auge darbietet, wenn man sich in den Industriefriedhof begibt. Hier liegt das Elend der Arbeiter in den verschiedenen Stufen der Unterernährung. Die Arbeiter sind wie Vieh behandelt und leben in den verschiedensten Stufen der Unterernährung. Die Arbeiter sind wie Vieh behandelt und leben in den verschiedensten Stufen der Unterernährung.

... im Neuroder Kohlenrevier ... im Jahre 1930 ... 12 ... 18 ... 20 ... 22 ... 24 ... 26 ... 28 ... 30 ... 32 ... 34 ... 36 ... 38 ... 40 ... 42 ... 44 ... 46 ... 48 ... 50 ... 52 ... 54 ... 56 ... 58 ... 60 ... 62 ... 64 ... 66 ... 68 ... 70 ... 72 ... 74 ... 76 ... 78 ... 80 ... 82 ... 84 ... 86 ... 88 ... 90 ... 92 ... 94 ... 96 ... 98 ... 100 ...

Wenn der Bauer Getreide verbraucht ist — so jagt der Arbeiter —, dann können wir verhungern!

Männer und den Kindern die Säter geraubt wurden. Dafür zu sorgen, daß die Hinterbliebenen nicht zu hungern brauchen. Wie wurde gefordert? So, daß die Minder an Unterernährung zu hungern?

In Ebersdorf lebt die Witwe M. B. Sie erhält monatlich 30 Mark Rente, also 1 Mark pro Tag. Davon sollte sie noch ihre 2 kleinen Kinder ernähren und die Miete bezahlen.

Neht vor wenigen Tagen sind diese zwei Kinder an Unterernährung gestorben!

Die Witwe konnte trotz größter Sparsamkeit nicht mehr das notwendige Brot, noch viel weniger Milch und Butter für die Kinder aufbringen. Heute verlangt man von der Bergarbeiterwitwe, sie soll von ihren 30 Mark Unterstützung auch noch die Verdigungskosten für beide Kinder bezahlen.

Das ist eine schreckliche Anklage gegen die Sachverwalter des kapitalistischen Staates, gegen die gesamte kapitalistische Gesellschaft vor allem aber auch gegen die Sozialdemokratie, die durch ihre Folerierungspolitik mitgeholfen hat, den Bergarbeiterfrauen ihre Rente zu kürzen, den Kindern das letzte Stück Brot wegzunehmen.

Den Berginvaliden ergeht es nicht besser

In Ludwigsdorf lebt der Bergarbeiter Z. Diele, der monatlich ganze 1,10 Mark Unterstützung erhält. Er hat eine Tochter, die früher in dem Textilbetrieb Jordan arbeitete, aber seit längerer Zeit erwerbslos ist. Sie erhält wöchentlich 8,50 Mark Unterstützung. Die Behörden verlangen, daß die Tochter von diesem Geld ihren Vater mit ernähren soll.

nichts mehr einkaufen kann, geht der Mittelstand zugrunde. Die Ursache dieser Zustände ist das brutale kapitalistische System.

Sowjetrußland zeigt, daß nur unter dem sozialistischen System überall blühende Arbeitsstätten geschaffen werden können, damit Arbeit und Brot, und eine glückliche Zukunft für die gesamte werktätige Bevölkerung.

Hier ist der Beweis für unsere Behauptungen!

Die gesamte Kohlenproduktion der Sowjetunion stieg von 18 Millionen Tonnen im Jahre 1930 auf 57 Millionen Tonnen im Jahre 1931. Das Tempo dieser Steigerung nimmt von Monat zu Monat zu. Gegenüber der Vorkriegszeit hat sich die Kohlenproduktion annähernd verdoppelt.

Im Jahr 1932 werden 89 Schachtanlagen mit einer Jahresproduktionsmöglichkeit von 38 Millionen Tonnen neu in Betrieb gesetzt.

Mit dieser Entwicklung verbessert sich von Woche zu Woche die Lage der Bergarbeiterfamilien. Die Bergarbeiter und insbesondere ihre Kinder, haben in Sowjetrußland eine glückliche Zukunft vor sich.

Wir rufen zum täglichen Widerstand

Aufgabe der Neuroder noch im Betrieb stehenden und erwerbslosen Bergarbeiter ist es, eine einheitliche Kampffront unter der revolutionären Führung der kommunistischen Partei zu schaffen. In jedem Betrieb, auf jeder Stempelstelle müssen Kampfschiffe der Bergarbeiter entstehen, die die Führung des Kampfes gegen jeden Pfennig Lohn- und Unterstützungsrab, für genügende Unterstützung der Hinterbliebenen und Berginvaliden in die Hand nehmen. Nur im täglichen Widerstand gegen die Unternehmer, gegen die kapitalistische Gesellschaft und deren Beauftragte, werden die Arbeiter und Werktätigen befähigt, den siegreichen Kampf um die proletarische Diktatur, um den Sozialismus zu führen! Kämpft mit für ein rotes Preußen im Räte-Deutschland, wählt Kommunisten, Liste 4!

Hunger im Land, Krieg vor der Tür, wählt Kommunisten
Liste 4

Stammfahrschiffe. Nicht nur ein in den ERBT. Kämpft mit ihm unter seiner Führung gegen jede Leistungssteigerung, für Aufhebung der Löhne. Am Sonntag werden alle Kumpel ihre Stimmen ab für die Liste 4 regimmenten, für ein sozialistisches rotes Preußen.



Lohnabbau durch Leistungserhöhung auf der Davidgrube

Treift Kampf vorbereitungen gegen jede Art Lohnabbau — Wählt Kampfausschüsse in jeder Abteilung

Wie war die Bergarbeiterkumpel auf dieser Schachtanlage verhalten, so wie wir an folgendem bewiesen:

Es geschah dort Stempel in der 33. Abteilung bei der Firma Davidgrube, welche am 30. März 1932 abmontiert erhalten. Da diese Stempel einseitigen noch ein paar Pfennige herausgeschunden hatten, stank ihnen auch dieser Verdienst auf die tariflich festgesetzten Normen zu. Aber was machte diese Ausbeuterfirma. Sie nahm die Arbeiter am 31. März wieder zurück, um am 1. April erneut die Stempelung vorzunehmen. Das geschah nur, um den Kumpel nicht die teuer verdienten Gröden zahlen zu müssen. So sollen die Kumpel nun mit dem Himmelslohn von 1,80 Mark abgepeilt werden. Die Kumpel werden aber für das ihnen tariflich zustehende Recht kämpfen und entsprechende Bezahlung verlangen. Weiter soll an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, daß es in derselben 33. Abteilung des Steiger Ruffas zwei lange Streb auf der 1. Sohle im 11. Flöz gibt, an welchem das Antreibersystem besonders kräftig zur Geltung kommt. Dort müssen die Kumpel schuften bis zum Weißbrot. Da muß dort eine Wand von über 200 Wagen Kohle stehen. Die oberen zwei Zimmerlängen enthalten circa 25 bis 30 Wagen Kohle, welche man in der Mittagschicht reiflos in den Bergeschlag verfrachten läßt, weil sie nicht in der Frühlicht bei der Förderung fortzukommen sind. Da nun die Kumpel an diesem Streb einen guten Verdienst herausgeschunden hatten, wurden sie im neuen Monat für ihre Tüchtigkeit bestraft, indem der Steiger Ruffas ihnen pro Mann und Schicht die Leistung um zwei Drittel erhöhte. Die Kumpel, die ihre Gesundheit am unteren Streb hängen lassen und nicht mehr leisten können, werden zur Strafe an den oberen Streb geholt, wo sie pro Schicht 1,25 Mark weniger verdienen, trotzdem die Kumpel genau so schuften müssen.

Der Kumpel in den 11. Flöz, duldet nicht mehr länger diese Verheerung von den Grubengewaltigen und ihren Salaien, die immer und immer wieder fortgesetzt wird. Die Erhöhung der Leistung bei gleichem Lohn kommt praktisch einem Lohnraub gleich. Wählt

Werdet Leser der kommunistischen Presse

Die KPD. und die Beamtenforderungen

Der Preussische Beamtenrat hat den preussischen Landtags-Präsidenten für die beschleunigte Erörterung einer Anzahl Forderungen ersuchen lassen.

Die kommunistische Fraktion hat zu vielen Beamtenforderungen Stellung genommen. Wir bringen nachstehend die Beamtenforderungen in der Stellungnahme der Kommunisten zum Ausdruck.

1. Forderung:

Erhaltung des Berufsbeamtentums

Die KPD. kämpft gegen eine Verschlechterung der Lage der oberen und mittleren Beamtengruppen, wie sie in den verschiedenen Vorschlägen (Wegfall jeder dritten freierwerbenden Stelle auf Grund des § 10 des Besoldungsgesetzes, Beschäftigung von Anwärtern statt Beamten, Anstellungssperre, Verlängerung der Wartzeit) der Regierung enthalten sind.

Die kommunistische Landtagsfraktion hat bei den alljährlichen Verhandlungen stets die Schaffung dringender notwendiger Stellen (zum Beispiel in der Katastrophenvorbereitung) sowie Überführung von Anwärtern bzw. langjährig tätiger Angestellter in Übereinstimmung mit den Beamtenorganisationen gefordert. Diese Anträge wurden, insbesondere auch von den Regierungsparteien, stets abgelehnt.

2. Forderung:

Schaffung von künftig wegfallenden Stellen für überalterte Stellenanwärter

Die kommunistische Landtagsfraktion ist stets für die Überführung überalterter Stellenanwärter in planmäßige Beamtenstellen eingetreten und unterstützt deshalb auch diese Forderung. Sofern noch eine Beratung des Etats 1932 erfolgt, werden entsprechende Anträge gestellt werden.

3. Forderung:

Bemessung der Fonds für Unterstützungen und Notstandsbeihilfen

Erläuterung: Nach dem Vorbericht zum Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1932 sind die Durchschnittssätze für Unterstützungen für Beamte um 7,50 Mark und für Notstandsbeihilfen um 13 Mark pro Kopf gegenüber dem Vorjahr und um 10 Mark bzw. 18 Mark gegenüber dem Jahre 1930 gekürzt worden.

Die kommunistische Fraktion lehnt nicht nur jede Senkung der Durchschnittssätze für Unterstützungen und Notstandsbeihilfen ab, sondern kämpft schon seit Jahren um eine gerechtere Verwendung dieser Mittel. Bewandlungen aus diesem Fonds sollen nur bedürftige, in Not geratenen Beamte in den unteren und mittleren Besoldungsgruppen erhalten.

Um eine ständige Übersicht über die bisherige Verwendung der Gelder, gegen die aus den Kreisen der Beamten heftige Klagen geführt werden, zu erhalten, forderte die kommunistische Fraktion schon im Jahre 1925 eine detaillierte Abrechnung. Die Regierung wehrte sich dagegen; der Antrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

4. Forderung:

Gewährung von Erziehungsbeihilfen

Wir Kommunisten fordern die Gewährung von Erziehungsbeihilfen (speziell für die Schul- und Berufsausbildung) möglichst für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten in den unteren und mittleren Besoldungsgruppen.

5. Forderung:

Beseitigung der Härten des Besoldungsgesetzes und der Besoldungsvorschriften

Erläuterung: Der Beamtenrat des Preussischen Landtages hat in mehrjähriger Arbeit die Ausführungsbestimmungen zu den preussischen Besoldungsgesetzen einer Nachprüfung unterzogen und dabei festgestellt, daß wesentliche Mängel und Härten enthalten sind. Das Ergebnis dieser Nachprüfung ist bereits in Form von Vorschlägen an den Reichspräsidenten vorgelegt worden. Die Ausführungsbestimmungen nach den Wünschen des Landtages abzuändern. Von dieser Gemeinlichkeit hat das Beamtenministerium wiederholt einen Gebrauch gemacht, indem es bereits im letzten Jahre im Hinblick des Landtages darüber vergangen ist.

Die KPD. hat als einzige Partei das Besoldungsgesetz von 1927 grundsätzlich bekämpft und abgelehnt. Mit ihrer Entschlossenheit den Anforderungen der Beamtenorganisationen zu erfüllen, Anträge von den, insbesondere auch von den Regierungsparteien, angelehnt. Aber der kommunistische Antrag, daß die Ausführungsbestimmungen nur mit Zustimmung des Landtages erlassen werden dürfen, fand keine Mehrheit. Darauf hat es die Regierung in der Hand, die Ausführungsbestimmungen nach ihrem Gutdünken zu erlassen und dem Landtag zu unterbreiten, wie es tatsächlich geschehen ist. Das Recht der Befehlshaber im Hinblick zu bestimmen.

Wir Kommunisten haben deshalb auch die Ausführungsbestimmungen abgelehnt, um jedoch verständlich für die Befreiung einzelner Härten und Unzulänglichkeiten jederseits einzutreten. Wir werden dies auch in Zukunft tun.

6. Forderung:

Unterhaltungszuschüsse für Beamtenanwärter

Erläuterung: Nach der Vorberufung zum Haushaltsplan ist dabei ein Höchstbetrag von 70 Prozent der in Aussicht genommenen Zahl

der Dienstanwärter mit einem Höchstbetrag von 500 Mark zugrundegelegt. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Kürzung von 700 Mark.

Für eine Erhöhung dieses Fonds treten wir ein. Außerdem fordern wir unentgeltliche Bekleidung von Dienstmitteln und Ausbildung während der Dienstzeit.

7. Forderung:

Aufhebung des Runderlasses des Finanzministers vom 23. 3. 1931 betreffend Vergütung für die Vorhaltung von Schreib- und Zeichenmaterial

Erläuterung: Durch den vorgenannten Erlaß ist die den Beamten bisher gewährte Schreibstoffvergütung beseitigt und die neben der Schreibstoffvergütung den technischen Beamten gewährte Zeichenstoffvergütung zum Teil beseitigt und zum Teil hart herabgesetzt worden. Ferner ist es den Beamten aufgegeben worden, Schreib- und Zeichenstoff künftig auf ihre Kosten vorzubehalten.

Wir bekämpfen alle Notverordnungen und „Spartverlässe“ grundsätzlich und haben wiederholt deren Aufhebung gefordert. Alle übrigen Parteien haben diese Anträge abgelehnt. Demgemäß treten wir auch für die Aufhebung des vorerwähnten Erlasses ein.

8. Forderung:

Regelung der Amtsbezeichnungsfrage

Diese Forderung hatten wir gegenwärtig im Zeichen des Gehalts- und Stellenabbaues nicht für so dringend; sie kann unserer Meinung höchstens dazu angetan sein, von dem dringend notwendigen Abwehrkampf gegen den weiteren Gehaltsabbau abzulenken.

9. Forderung:

- a) Gehaltsverschlechterungen und Abbau ruhegehaltsfähiger Stellenzulagen
- b) Wohnungsgeldzuschuß für weibliche Beamte

Die kommunistische Fraktion hat als einzige die Aufhebung der „Spartverordnung“ vom 12. September 1931 bereits durch Antrag.

Stimmt am 24. April für die Liste der Kommunistischen Partei Liste 4

Drucksache Nr. 7556, am 19. September 1931 gefordert und zum a. a. zur Begründung folgendes ausgeführt:

„Die Notverordnung geht bei den Beamten und Angestellten des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände in den oberen Gruppen die Besoldungen ganz ungenügend herab, schmälert aber in den unteren Gruppen die Einkommen durch Kürzung des Besoldungsdienstalters, Verlängerung der Aufsteigefrist in den Dienstaltersstufen und durch Kürzung der Stellenzulagen und Verminderung der Stellenzahl um 10.000 in unerträglichem Maße.“

Gegen den Antrag stimmten die Regierungsparteien (SPD., Zentrum, Staatspartei), ferner die Wirtschaftspartei und das Landvolk, so daß er abgelehnt wurde.

10. Forderung:

Gleichmäßige Gestaltung der Durchschnittssätze für Unterstützungen und Notstandsbeihilfen für alle Staatsbeamten

Diese Forderung ist von der kommunistischen Fraktion schon bei der Etatsberatung im Jahre 1930 erhoben worden, aber von den übrigen Parteien, auch von der SPD., abgelehnt worden.

11. Forderung:

Wohnungsgeldzuschuß für ledige Beamte

Erläuterung: Bei der Gestaltung des Preussischen Besoldungsgesetzes vom 17. Dezember 1927 wurde abgelehnt, den ledigen Beamten nach Vollendung des 15. Lebensjahres den vollen Wohnungsgeldzuschuß zu gewähren.

Die kommunistische Fraktion hat diese preussische Regelung bekämpft und abgelehnt. Wir fordern die gleiche Regelung wie im Reich, zumal in Preußen die Parteien das erhöhte Wohnungsgeld erhalten.

Im übrigen verweisen wir auf die „Stammstimme“ (Zentralorgan der revolutionären Angestelltenbewegung) vom Oktober 1931, Nr. 2.

Das ist die Stellungnahme der KPD. Beamte urteilt selbst!

Das Zentrum bestimmt die SPD.-Kandidaten

Unter der Überschrift „Das Wollen des Zentrums“ schreibt das große Zentrumsorgan Westdeutschlands, die „Kölnische Volkszeitung“, am 14. April:

„Der Führer des sozialistischen Freidenkerverbandes, Max Sievers, ist von der Sozialdemokratie als Kandidat für die preussische Landtagswahl aufgestellt worden. Die Aufstellung dieses Mannes zum Landtagskandidaten zeigt, daß Dinge in der Sozialdemokratischen Partei vorgehen, die uns nicht gleichgültig lassen können.“

Am 15. April schrieb die „Kölnische Volkszeitung“:

„Die Sozialdemokratie muß wissen, daß es in politischer Beziehung nicht bedeutungslos ist, welche Kräfte in der neuen sozialdemokratischen Fraktion anzutreffen sein werden.“

Die SPD. pariert

In seiner Morgenausgabe vom 15. April teilte der „Vorwärts“ mit:

„Der Vorsitzende des Freidenkerverbandes, Genosse Max Sievers, läßt durch den Pressedienst seines Verbandes mitteilen, daß er die ihm angebotene Kandidatur auf der sozialdemokratischen Landeswahlliste abgelehnt habe.“

Arbeiter, hier habt ihr es schwarz auf weiß: Das Zentrum bestimmt, wer SPD.-Landtagsabgeordneter werden kann und wer nicht. Sievers muß auf Befehl des Zentrums verzichten.

An der Kandidatur der Braun-Severing hat das Zentrum allerdings nichts auszusetzen. Hat doch die preussische Polizei schon unzählige Zeitungsverbote verhängt, massenhaft freiheitliche Schriften und Bücher verboten und beschlagnahmt. Hat doch die Severingpolizei schon selbst ein Flugblatt der sozialdemokratischen Freidenkerführer beschlagnahmt. Die Kulturpolitik in Preußen ruft die größte Zufriedenheit der Zentrumsführer hervor.

Aber wollen die sozialdemokratischen Arbeiter sich weiterhin für eine solche Politik mißbrauchen lassen?

Kämpft mit um politische Freiheit, um Arbeit und Brot! Brecht mit den SPD.-Führern!

Stimmt für die roten Kandidaten der Kommunistischen Partei — Liste 4!

Jeder Werktätige beteiligt sich am Sonntag an der Wahl

Jeder Arbeiter, kleine Angestellte und Beamte, jeder Mittelständler und Kleinbauer, jeder Jungarbeiter und jedes Jungarbeitermädchel, jede Arbeiterfrau, demonstriert am Sonntag nur durch die Stimmenabgabe für die Liste 4 der KPD, gegen Notverordnungs- diktatur, Lohn- und Unterstützungsraub, für Arbeit, Brot und Freiheit!

